

Lübecker Volksbote

Organ für die Interessen der werktätigen Bevölkerung

Der „Lübecker Volksbote“ erscheint täglich nachmittags (außer an Sonn- und Festtagen) und ist durch die Expedition, Johannisstraße 46, sowie durch die Post zu beziehen. — Der Abonnementspreis beträgt bei der Lieferung durch die Austräger vierteljährlich 3.60, monatlich 1.20 Mk.

Redaktion und Geschäftsstelle:
Johannisstraße Nr. 46
Fernsprecher Nr. 926

Die Anzeigengebühr beträgt für die sechsgespaltene Zeile oder deren Raum 50 Pfg., Versammlungs-, Arbeits- und Wohnungsanzeigen 40 Pfg., auswärtige Anzeigen 60 Pfg. — Anzeigen für die nächste Nummer müssen bis 9 Uhr vormittags, größere früher, in der Expedition abgegeben werden.

Nr. 240.

Sonnabend, den 12. Oktober 1918.

25. Jahrg.

Fortsetzung der Friedensaktion.

Die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung“ schreibt unter dem gestrigen Tage redaktionell:

„Die Antwortnote der Deutschen Regierung an Wilson ist, wie schon bekannt, zwar dem Prinzip nach und im politischen Sinne fertiggestellt, sie wird jedoch heute noch nicht abgesandt, da es die Wichtigkeit und die Tragweite der Angelegenheit erforderlich erscheinen läßt, daß auch Reichstag und Bundesrat dazu sich äußern. Der große Ausschuß des Reichstages wird, wie wir von parlamentarischer Seite hören, morgen zusammentreten und so die Gelegenheit haben, die Note kennen zu lernen. Ebenso wird sie dem Bundesrat als dem verfassungsmäßigen Organ der verbündeten Regierungen und Träger der Reichssouveränität vorgelegt werden. Erst dann, also wahrscheinlich morgen, wird die Note an die Schweiz zur Vermittlung übergeben und vermutlich auch gleichzeitig veröffentlicht werden. Wie wir hören, ist die Antwortnote des Präsidenten Wilson heute über die Schweiz hier eingetroffen; worauf die erhebliche Verzögerung von 36 Stunden zurückzuführen ist, steht noch dahin. Der Inhalt der Note ist nach den bisherigen Veröffentlichungen ja bekannt.“

Aus dieser Auslassung des Regierungsblattes geht hervor, daß man die deutsche Antwortnote zunächst dem Hauptauschluß und dem Bundesrat vorlegen will. Wir halten das für unbedingt erforderlich; es wäre ja auch eine ganz eigenartige Sache gewesen, wenn man nicht einmal den Hauptauschluß des Reichstages über die Antwort gehört hätte.

Ueber den Inhalt der deutschen Antwortnote an Wilson soll heute nur noch einmal darauf hingewiesen werden, daß sie in weit entgegenkommendem Sinne gehalten ist.

Die deutsche Antwort auf die drei Rückfragen Wilsons zeigt, daß auf deutscher Seite die Absicht besteht, den begonnenen Friedensschritt weiter fortzusetzen und ihn möglichst bald zum Erfolg zu führen. Es ist schon gesagt worden, daß nur eine der drei Fragen Wilsons noch genauere Überlegung erforderte; daß auch sie in einer Weise beantwortet werden mußte, die das Tor des Friedens offen hält, war klar. Die konservativ-alledeutsche Presse hat sich noch am Donnerstag morgen beeifert, die Bedingungen Wilsons als gänzlich unannehmbar hinzustellen. Es ist das ein gar nicht schweres demagogisches Kunststück für Leute, die für die Regierungshandlungen von heute keine Verantwortung mehr tragen, obwohl sie mit Verantwortung gerade genug schwer belastet sind.

Kein Mensch wird bestreiten, daß die neue Regierung des deutschen Reichs einen sehr schweren Gang geht. Geht es ihr, bei den kommenden Friedensverhandlungen jenes Ideal der unparteiischen Gerechtigkeit zu verwirklichen, das Wilson als sein Friedensziel aufstellt, dann ist alles gut. Die Gefahren, die auf dem Wege zu diesem Ziel liegen, lassen sich nicht verbergen. Aber ebenso wenig läßt sich die Frage vermeiden, wer die Schuld daran trägt, daß solche Gefahren vorhanden sind.

Diese Gefahren sind dadurch entstanden, daß sich Deutschland unter dem alten Regime in einen Kampf gegen die ganze Welt gestürzt hat, daß dieser Kampf mit einem Optimismus aufgenommen und geführt wurde, der sich durch die Tatkraft nicht rechtfertigen ließ, und daß sich daraus eine Kriegslage ergeben hat, die Deutschland ganz offenbar als den schwächeren Teil erkennen läßt. Wenn jetzt daraus Folgerungen gezogen werden müssen, die, wie schon gesagt, nicht ohne Gefahren sind, so gehört schon die ganze verbrecherische Gewissenlosigkeit der konservativ-alledeutschen Clique dazu, die Schuld daran auf die neue Regierung abzuwälzen.

Die Männer der neuen Regierung, vor allem die Sozialdemokraten unter ihnen, haben alles getan, um diesen unheilvollen Krieg zu verhindern. Sie haben die auswärtige Politik, die zu ihm führte, bekämpft. Sie haben den unbeschränkten U-Boot-Krieg und den Brester Frieden bekämpft, denen wir vor allem unsere ungünstige militärische und politische Lage verdanken. Sie haben das ganze System der inneren Reaktion bekämpft, das zwischen dem deutschen Volk und anderen Völkern einen tiefen Abgrund aufgetan und uns den Haß der ganzen Welt eingetragen hat.

Die konservativ-alledeutschen haben all das, was die Sozialdemokratie bekämpfte, gewollt, herbeigeführt, gestützt und in rasenden Dithyramben gefeiert. Sie haben diesen Krieg gewollt, sie haben nach dem unbeschränkten U-Boot-Krieg geschrien, bis sie ihn und damit Amerika zum Feinde hatten. Sie haben den Willen der Sozialdemokratie, im Osten einen demokratischen Versöhnungsfrieden zu schaffen, der für den künftigen allgemeinen Frieden ein Vorbild sein sollte, durchkreuzt und an die Stelle des Rechts das Willkür-

gebot der Macht gesetzt. Sie haben schließlich über alle Vorgänge in der Welt einen dichten Schleier gebreitet und das deutsche Volk die Lage, in der es sich befand, bis zum letzten Augenblick nicht erkennen lassen.

Wenn jetzt diese in schwerster Schuld verstrickten Leute, von denen sich das ganze deutsche Volk abwendet, über Schmach und Schande schreiben, weil die deutsche Regierung aus der von ihnen geschaffenen Lage die Folgerungen zieht, so handelt sie nach dem Rezept verzeufelter Bankrottneure. Und die Sache der nationalen Verteidigung, die sie predigen, jetzt predigen, nachdem sie sich jahrelang nach Eroberung, Knechtung und Unterdrückung fremder Völker heiser geschrien haben, kann durch ihr Treiben nur kompromittiert werden. Gerade darum, weil die letzte Möglichkeit, das deutsche Volk müßte noch einmal zur nationalen Verteidigung schreiten, noch nicht ganz ausgeschaltet ist, ist das Treiben dieser Leute eine Gefahr, weil durch sie der Sinn der nationalen Verteidigung nur verfälscht werden kann.

Wir hegen die feste Zuversicht, daß die deutsche Regierung, unbeirrt durch dieses Geschrei, ihren Weg zum Frieden weiter verfolgen wird. Ob dieser Weg gleich mit einem neuen friedlichen Aufstieg des deutschen Volkes beginnen oder erst durch ein tiefes Wellental hindurchzuführen wird, vermag heute niemand mit Gewißheit vorausszusagen. Aber für alles, was dieser Krieg dem deutschen Volke gekostet hat und was er ihm noch kosten kann, tragen einzig und allein diejenigen die Verantwortung, die heute die neue Regierung anfragen, weil sie die Ordnung der von ihnen nicht verantworteten Wirrnisse in die Hand genommen hat. Diese unredlichen Gesellen wissen ganz genau, daß sich die Handlungsweise der Regierung auf das Gutachten jener Männer stützt, die sie bisher als ihre Götzen verehrt haben, daß über die Notwendigkeit der jetzt unternommenen Schritte zwischen allen Faktoren völlige Uebereinstimmung besteht. Wenn die letzten Rücksichten fallen, die in diesem Augenblick noch genommen werden müssen, dann wird das moralische Todesurteil über die reaktionären Bankrottopolitiker für alle Welt feststehen.

Clemenceaus Hoffnungen auf baldiges Kriegsende.

Clemenceau gab bei einem Besuch in Soissons seiner Hoffnung Ausdruck für das baldige Ende des Krieges. Er vermied es zwar, auf die Wilsonschen Bedingungen näher einzugehen, sagte aber, daß der Abschluß der Blutopfer nahe bevorstehe. „Humanität“ und „Journal“ bringen ohne Zensurbestrafung eingehende Berichtigungen über die deutsche Note. Es fand auch keinerlei Beschlagnahme der oppositionellen Blätter statt. Der „Matin“ meldet, daß die rechtsstehende französische Kammerpartei eine geschlossene Rundgebung für die Kammer vorbereite für die Aufrechterhaltung der französischen Kriegsziele.

Die französische Kammer stimmte der Note Wilsons zu. Der Kammerauschluß für auswärtige Angelegenheiten hat mit allen Stimmen eine Tagesordnung angenommen, worin Clemenceaus Antwort gutgeheißen und erklärt wird, man hege das Vertrauen, daß die Regierung keinen Waffenstillstand annehmen werde, der nicht den siegreichen Armeen Genugtuung und Bürgschaften gewähren werde. Außerdem hat die radikale Sozialistengruppe einstimmig einer Erklärung zugestimmt, worin sie Wilsons Antwort billigt, die in so festen und vorichtigen Worten abgefaßt sei und so gut gewählte drastische Bedingungen stellen könne, daß jeder Waffenstillstand unmöglich wäre, und ein so tiefes und aufrichtiges Verlangen nach Frieden zeige. Die Erklärung sagt weiter, die Gruppe bezeuge aufs neue ihren Wunsch, daß der Krieg energisch fortgesetzt und auch die Erzeugung von Kriegsmaterial auf der Höhe gehalten werde, bis die Bedingungen der Entente angenommen sind, die Armeen der Alliierten ihre glänzenden Erfolge fortgesetzt haben werden und sie dem Imperialismus und die Hohenzollern vernichtet und der Demokratie den Sieg gesichert haben.

So ungefähr, wenn nicht noch schärfer, hätten unsere alledeutschen Vaterlandsparteier auch geredet, wenn sie sich in der Lage dieser Leute befunden hätten. Sowie unseren Heimkriegern schon der Mund gestopft worden ist, so wird es auch mit ihren französischen und englischen Kameraden geschehen.

Die Auffassung in englischen Regierungskreisen.

Die Auffassung in englischen Regierungskreisen ist heute die, daß keine grundsätzliche Ablehnung der feindlichen Friedensanbahnung von Seiten der alliierten Regierungen erfolgen werde, daß aber von dem Feinde zuvor Bürgschaften für die Loyalität seiner Absichten angefordert werden. Der „Daily Telegraph“ meldet: Die Beratungen der Unterhausparteien haben der deutschen Friedensnote gegolten. Die Liberalen sind der Ansicht, daß der Friede nicht länger hinausgeschoben werden dürfe, wenn er für England ehrenhaft sei.

Der Völkerbund.

Lord Grey hielt Donnerstag eine Rede, in der er Wilsons Politik eines Bundes der freien Nationen unterstützte. Nachdem der Arbeiterminister Barnes, der den Vorsitz in der Versammlung führte, darauf hingewiesen hatte, daß kein Völkerbund möglich sei, bis der preußische Militarismus entwirrt wäre, begann Grey seine Rede damit, daß es eines der Ziele der Versammlung sei, die Regierung bei der tatsächlichen Führung des Krieges zu unterstützen.

Der Hauptzweck der Versammlung ergebe sich aber aus der sehr bemerkenswerten Rede des Präsidenten der Vereinigten Staaten vom 22. September, in der er den ausdrücklichen Appell an die Alliierten richtete, zu erklären, ob Wilson in seiner Deutung der entscheidenden Fragen des Krieges oder in seiner Ansicht über die Mittel, wodurch eine Regelung erfolgen könne, irrtige Anschauungen vertrat. Kurz darauf habe Balfour in demselben Sinne gesprochen und eben habe Barnes gesprochen. „Das sind in gewissem Sinne Antworten an Wilson. Natürlich muß die amtliche Antwort auf eine Frage von so großer Wichtigkeit vom Premierminister gegeben werden. Wilson verlangt Einigkeit der Verbündeten und für diese Einigkeit werden die Verbündeten sorgen. Der Friede ist in Sicht, aber noch nicht in greifbarer Nähe. Jeder Mangel an Unterstützung der Regierung und jede Uneinigkeit unter den Verbündeten und alles, was Deutschland Hoffnung auf eine Remisparade gäbe, würde die Sache des Friedens zurückweichen lassen. Während keine wirkliche Aussicht, einen wirklichen guten Frieden zu führen, vernachlässigt werden darf, müssen wir doch bedenken, was für ein Unglück es sein würde, wenn wir nach Beginn der Friedenskonferenz und in dem Glauben, daß der Krieg nun zu Ende sei, herausfinden, daß die militärischen Maßnahmen Deutschlands noch immer die wirklich maßgebenden Leute seien, und daß der ganze Friede, während er diskutiert wird, von den Männern untergraben wird, die den Krieg begonnen haben und deren politische Stellung sich niemals geändert hat. Das muß um jeden Preis vermieden werden. Deswegen habe ich Wilsons Antwort für eine entschiedene, verständliche Antwort. Die deutschen Kanzler erschienen in den letzten paar Monaten wie flüchtige Phantome. Wir wissen nicht, woran wir uns hinsichtlich der Autorität, die hinter jedem einzelnen steht, zu halten haben. Wir müssen uns an die Reichstagsresolution vom Juli 1917 erinnern. Die militärische Lage änderte sich zu Deutschlands Gunsten. Das Ergebnis waren die Verträge von Brester und Tiflis, die eine offene Verpötlung der Reichstagsresolution, daß sie ihren Zweck erfüllt hatte. Wilsons Antwort enthält Klarheit und Vorsicht, die absolut erforderlich ist. Grey lehnte den Gedanken ab, daß es ein Völkerbund der Alliierten sein soll, um die Sympathie einer besonderen Gruppe von Nationen aufrechtzuerhalten, und ebenso den Gedanken, daß der Plan eines Völkerbundes als Ersatz für die erfolgreiche Beendigung des Krieges verwertet werden könne. Der Völkerbund muß von einem erfolgreichen Abschluß des Krieges ausgehen.“ Grey stimmte Wilson zu, daß der Völkerbund nicht jetzt gebildet werden könne. Trotzdem müsse sein Apparat im voraus vorbereitet werden. Der Völkerbund müsse bei Friedensschluß gebildet werden, sonst sei die Aussicht, daß er jemals gebildet wird, gefährdet. Deswegen sollte die Regierung durch die besten Geister, über die sie verfügen kann, einen Plan entwerfen, damit diese Dinge geschehen könnten. Nachdem Grey über die fiskalischen Fragen und die Frage der Abrüstung gesprochen hatte, erklärte er: Wilson hat wiederholt darauf gedrungen, daß der Völkerbund ein Bund sein müsse, in den auch Deutschland aufgenommen werden kann. Wir dürfen keinen Vorwand finden, Deutschland auszuschließen. Andererseits muß eine zum Bunde gehörige Regierung ein freies Volk repräsentieren, entschlossen, die Ziele des Bundes in aller Aufrichtigkeit auszuführen. Wilson hat wiederholt erklärt, daß man keiner Regierung trauen könne, die nicht die Beglaubigung vorweisen könne, daß sie das Vertrauen des Volkes hinter sich habe und diesem Volk und niemand anderen verantwortlich sei. Der Völkerbund müsse eine Autorität und internationale Macht darstellen, durch die z. B. Fälle erledigt werden könnten, wo eine kleine zurückgebliebene Nation sich gegenüber einer stärkeren weigert, Unrecht wieder gut zu machen. Es würde das Entstehen von internationalem Argwohn und Eifersucht vermieden werden. Der Völkerbund könnte auch wenig organisierten Ländern technischen Beistand leisten, wie der Seegolddienst in China, wogegen jetzt große Hindernisse in internationaler Furcht und Eifersucht bestehen.

Grey schloß: Es ist unmöglich, die absolute Sicherheit zu erlangen, aber ein Völkerbund, wie er von Wilson entworfen wurde, würde die Aussichten auf Sicherheit erhöhen und die internationalen Beziehungen auf ein höheres Niveau heben als jemals.

Was der Krieg bringt.

Der deutsche Abendbericht.

11. Oktober, abends. (Amtlich.)

Vor unseren neuen Stellungen östlich Cambrai und St. Quentin, sowie auf beiden Maasuferen schütterten feindliche Angriffe. Nordöstlich Cambrai entwickelten sich erneut Kämpfe.

Die Zerstörungen im besetzten Gebiet.

Der Staatssekretär des Auswärtigen, Dr. Solf, empfing den Direktor des Kolonialbüros, Dr. Mantler, und machte folgende Ausführungen:

Ein besonders gehässiger Zug der Verheerung, mit der ein Teil des feindlichen Nachrichtendienstes die gegenwärtige Krise des Krieges begleitet, ist die immer wiederholte Beschuldigung, wir verüßten bei unserer Rückzug abfällige und systematisch das besetzte französische Gebiet. Dieser Beschuldigung gegenüber möchte ich Ihnen folgendes mitteilen:

Es ist unwar, daß deutsche Truppen Verwundete niedergemetzelt, Krankenhäuser und Schulen vorläßlich in die Luft gesprengt, Kirchen beraubt und andere Verbrechen an den feindlichen Gefangenen und der Bevölkerung der besetzten Gebiete begangen haben. Die Zerstörung der bei unserer, wie bei jeder Rückzugsoperation in der Geschichte aller Zeiten unvermeidlich war, hat sich überall auf das Maß der wirklich unerlässlichen harten Kriegsnotwendigkeiten beschränkt, die dem sich zurückziehenden Heere verbietet, in seinem Rücken dem Gegner Stützpunkte erheblichen Wertes zu lassen. Trotzdem blieb bei unserer Rückzugsoperation im Jahre 1917 die Stadt Nonan von uns unversehrt. Sie ist alsbald französischen und englischen Geschützen zum Opfer gefallen. Solange der Krieg weitergeht, werden wir den Verlust unerlässlicher Kunstwerke bedauern. Die Rücksicht selbst auf die ehrwürdigsten Kulturstätten muß der Rücksicht auf das Leben unserer Vaterlandverteidiger nachstehen. Wenn von feindlicher Seite diese Notwendigkeit bestritten wird, warum betrachten dann die Feinde, die doch Angreifer und nicht Verteidiger sind, die vernichtende Beschädigung von Roulers, Cambrai, St. Quentin und Douai und anderer französischer Städte hinter unserer Front als militärisch geboten? Denken Sie gar nicht an die Leiden der Zivilbevölkerung, die unter strömendem Regen in Scharen die gefährdeten Orte verläßt und auf allen Straßen und Wegen Schutz suchend nach Belgien strebt, der Zivilbevölkerung, deren Verpflegung unterwegs zurzeit an die Kräfte der deutschen Besetzung fast unerfüllbare Anforderungen stellt?

Die Flucht der französischen Bevölkerung aus den dem englischen Feuer ausgelegten französischen Ortschaften griff in Erwartung der Beschädigung auch auf Lille und die Nachbarstädte Lillès über. Die Zahl der Flüchtlinge geht in die Tausende. Die deutsche Oberste Heeresleitung ist bemüht, das Los der Flüchtlinge nach Möglichkeit zu lindern und bereitet weitere Schritte zur Durchführung dieser Bestrebungen vor.

Der österreichisch-ungarische Bericht.

Wien, 11. Oktober. (Amtlich.)

Italienischer Kriegsschauplatz.

An den Gebirgsfronten vielfach Kämpfe von Sicherungs- und Erkundungsabteilungen.

Balkan-Kriegsschauplatz.

Der Übergang über den Stambul blieb der italienischen Kavallerie auch gestern verwehrt. Bizizen und Piskina wurden durch unsere Truppen geräumt. Auf den Höhen nördlich von Pesonao sehen deutsche Bataillone im Kampfe mit den Serben. Hinter der Front mehrfach Sandenkämpfe.

Weißrussischer Kriegsschauplatz.

Unsere Regimenter bei Verdun behielten auch gestern erfolgreiche Abwehrkämpfe.

Die Umgestaltung Oesterreichs.

Nach einer Meldung des „Berliner Tageblatts“ aus Wien geht die Neuordnung der Dinge in Oesterreich rasch vorwärts. Ministerpräsident Dr. Freiherr v. Saffarich hat den Parteiführern erklärt, daß das Kabinett bereit sei, zurückzutreten. In den nächsten Tagen sollen die Parteiführer zum Kaiser berufen werden. Diese Audienzen sollen der Bildung eines neuen Kabinetts dienen, das die Umgestaltung Oesterreichs durchzuführen haben wird. Vorher muß eine Verständigung über die Grenzen des Selbstbestimmungsrechts der Völker erzielt werden. Man spricht von einem Koalitionskabinett Sclava-Larocca, dem Vertreter aller Nationalitäten angehören würden. Auch von einem Kabinett Lammasch ist die Rede, doch dürfte Kommissar auf den starken Widerstand der Deutschen folgen, die natürlich nur ein Kabinett unterstützen wollen, das unbedingt an dem Bündnis mit Deutschland festhält.

Nach einer Meldung aus Ungarn wird in dem neu zu bildenden ungarischen Kabinett Karolyi eine ausschlaggebende Rolle spielen. Sein Eintritt in die Regierung ist als äußeres Zeichen für die Aenderung des politischen Systems in Ungarn zu betrachten, da er in enger Verbindung mit der sozialistischen Partei Ungarns steht und auch das Programm seiner Partei auf demokratischer Basis aufgebaut ist.

Die Uebergabe der Bulgaren.

Eine Reutersmeldung besagt: Unter Hinzurechnung von den Tausenden von Gefangenen, die bereits während der siegreichen Offensive in Mazedonien gemacht wurden, übergaben sich 63 000 Bulgaren den Alliierten in Uebereinstimmung mit der Klausel des militärischen Abkommens, wonach sich alle bulgarischen Truppen weitlich von Uskub als Kriegsgefangene zu übergeben haben.

Das unabhängige Polen.

Im Lemberger Stadthaus wurde den Mitgliedern des Gemeinderates die in Warschau erfolgte Proklamierung des unabhängigen Polenreiches mitgeteilt. Im Konsultationsrat wurde die Nachricht von der Bühne bekannt gegeben.

Aus Rußlands zaristischen Zeiten.

Wie die Petersburger Telegraphen-Agentur mitteilt, ist die Anordnung für Verhinderung des Kommissars der Staatskontrolle mit der Durchführung von Ausgaben beauftragt, welche früher keiner Revision unterlagen und im Budget des Hofministeriums unter der traditionellen Ueberschrift der „zu dem dem Zarita bekannten Zweck“ verzeichneten Ausgaben gebucht sind. Lange Zahlenreihen ergeben das Bild der Unterführungen an Hof und Hofdamen, Minister und höhere Beamte. Interessant ist es, festzustellen, daß die Ausgaben für die Hofdamen...

Angabe der Ursachen mit der Post, zu dem dem Zarita bekannten Zweck“ (ohne Vermerk des Gegenstandes) zugeteilt wurden. Manchem übrigens wurden die Gründe der zugewiesenen Unterführungen mit kurzen aber nachlässigen Bemerkungen versehen, wie z. B. für den Wohnungsumzug Stürmers 15 000 Rubel, für die Auslandsreise des Finanzministers 20 500 Rubel, dem Korrespondenten des „Matin“ zur Bezahlung der Ausgaben auf dem Telegraphenamt 28 000 Rubel. Die Höhe der einmaligen Unterführungen für die Mitglieder des Reichsrates betragen: für Tscheglowitz 25 000 Rubel, Rudzlow 100 000 Rubel, Krivoschejn 100 000 Rubel, Malakow 20 000 Rubel, Goremykin 400 000 Rubel.

Unter diesen sich verteilenden Summen tauchen manchmal größere Ziffern auf. Auf das Budget des Ministeriums des Innern kommen z. B. 420 000 Rubel zu Geheimzwecken für die Statthalterchaft Kantakus, 3 511 586 Rubel für politische Zwecke, 1 148 000 Rubel für die Presse. Hier sind auch die Unterführungen für die „Schwarze-Hundert“-Organisation und die Presse gebucht.

Von Bedeutung ist auch die Tatsache, daß das Geld des Volkes oft zur Deckung von Veruntreuungen oder für private Ausgaben dem Zar in nahesteher Personen benutzt wurde. So ist z. B. laut Budget des Ministeriums des Innern die Veruntreuung Schischkins in der Höhe von 42 081 Rubel 47 Kopeken geendet worden; endlich erhielt das Reichsratsmitglied Welopolsky unter der Bedingung der Rückzahlung, drei Jahre nach Beendigung des Krieges, 50 000 Rubel.

Friedensstundgebungen in Italien.

Nach einer Berliner Blättermeldung aus Lugana vom 11. Oktober fanden in vielen Großstädten Friedensstundgebungen statt. In Mailand und anderen Städten verließ die Arbeiterschaft die Fabriken, worauf der Präsekt einen klammernden Aufruf zur Wiederaufnahme der Arbeit erließ und zum Mittragen gegen das feindliche Friedensmanöver aufforderte. „Avanti“ und „Stampa“ wurden seit mehreren Tagen nicht mehr ins Ausland gelassen. Heute endlich traf der „Avanti“ vom Montag ein. Die ganze erste Seite mit dem Kommentar des Friedensangebotes ist von der Zensur in ein weißes Meer mit einem schwarzen Textfeld verwandelt worden. So gehen noch immer in Italien die Bogen der Friedensstimmung so hoch, daß Regierung und Presse mit der schwersten Geschützen dagegen ankämpfen müssen. „Secolo“ wirft entrüsteten Tones die Frage auf, wer im Volk das falsche Gerücht verbreitet habe, daß der Krieg seit dem letzten Sonntag beendet sei. Die Regierung, die doch die Zensur ausübe, sei nicht einmal imstande gewesen, die Uebersmittlung einer so gefährlichen Nachricht zu verhindern. Die Regierung verdiene darum den schärfsten Tadel. Zugleich klagt „Secolo“ darüber, daß die Bevölkerung sich von der Verfälschung der Feinde täuschen lasse. Namentlich die Hunderttausende von Flüchtlingen aus Venetien hätten ihre arglosen Herzen falscher Hoffnung geöffnet. „Secolo“ sowie die gesamte übrige Presse wiederholt darum die dringende Mahnung an das Publikum, sich durch die hinterlistigen Manöver des Feindes nicht weiter verführen zu lassen. Daß die Warnungen der Presse indessen unisono knd, geht gerade aus dem verzweifeltsten Eifer hervor, mit dem die Presse das Volk bearbeitet und zur Fortsetzung des Krieges aufreizt.

Die Berichte aus Palästina.

Der englische Heeresbericht meldet: Französische und englische Kriegsschiffe fuhrten am 8. Oktober in den Hafen von Beirut ein und fanden die Stadt vom Feinde geräumt. Am 7. Oktober trafen englische Panzerwagen, die unkerer Kavallerie und Infanterie vorzuführen, ein und am 8. Oktober besetzten die Vorhuten der britisch-indischen Infanterie den Ort. Sie wurden von den Einwohnern begeistert begrüßt. Eine Anzahl Gefangener wurde von einem ägyptischen Expeditionskorps gemacht. Ausschließlich derer, die von der arabischen Armee gefangen genommen wurden, ist die Zahl der Gefangenen auf über 75 000 gestiegen. Man schätzt, daß von der gesamten Stärke der 4., 7. und 8. türkischen Armee nicht mehr als im ganzen 17 000, einschließlich ungefähr 4000 aktiven Schützen entkommen sind. Viele Gefangene waren sehr erschöpft und erhielten sofort Pflege, als die Umstände es erlaubten.

Der Krieg auf den Meeren.

Berlin, 12. Oktober. (Amtlich.) Im Sperrgebiet von England verließen unsere U-Boote 21 000 Brutto-Registertonnen. Der Chef des Admiralkabes der Marine.

Ein englischer Postdampfer torpediert.

Der Postdampfer „Leinster“, 2645 Brutto-Reg.-Tonnen, wurde, nach einer Reutersmeldung, zwischen Dublin und Holyhead torpediert.

Nach der „Daily Mail“ sind von den 700 auf dem „Leinster“ fahrenden Personen nur 150 gerettet worden.

Rubanische Sehnacht nach der Westfront.

Der Präsident Menocal hat den Vereinigten Staaten am 11. September die kubanischen Truppen auf dem Schlachtfeld an. Die amerikanische Regierung antwortete, sie sei nicht imstande, das Angebot im gegenwärtigen Augenblick anzunehmen wegen der zunehmenden Beanspruchung der Schiffsahrt durch die Beförderung der amerikanischen Truppen.

Polifische Rundschau.

Deutschland.

Die nächste Reichstagsitzung

findet am Mittwoch, 16. Oktober, mittags 1 Uhr, statt.

Die neue Regierung.

Die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung“ schreibt: Wie wir aus parlamentarischen Kreisen erfahren, steht die Ernennung des Abg. Giesberts zum Unterstaatssekretär im Reichsarbeitsamt bevor.

Wahlreform und Verfassungsreform.

Aus Berlin wird uns gemeldet: In den letzten Tagen haben Verhandlungen stattgefunden zwischen den Vertretern der Sozialdemokraten, Fortschrittler, Nationalliberalen und des Zentrums im preussischen Abgeordnetenhaus und Vertretern der Linken des Herrenhauses. Ueber die meisten Fragen konnte völlige Uebereinstimmung erzielt werden; vor allem über das allgemeine Wahlrecht, für welches nunmehr auch der rechte Flügel der Nationalliberalen eintritt. Unklarheiten bestehen jedoch noch über die Frage der künftigen „Sicherungen“...

von denen das Zentrum nicht lassen will. Hand in Hand mit der Wahlreform wird die Verfassungsreform gehen, und zwar wird bei dieser Gelegenheit auch der Artikel 78 beseitigt werden, der dem Artikel 21 der Reichsverfassung entspricht, also bestimmt, daß ein Abgeordneter, der ein besoldetes Staatsamt übernimmt oder in ein solches Amt aufrückt, sich einer Neuwahl unterziehen muß, wenn er weiter Abgeordneter bleiben will. Endgültig läßt sich noch nichts sagen; die Fraktionen müssen noch dazu Stellung nehmen. Sollte das Kompromiß zustande kommen, dann ist damit zu rechnen, daß die Regierung ihm zustimmt und versucht wird, es auch im Herrenhaus durchzusetzen.

In der Sitzung der Wahlrechtskommission des Herrenhauses lagen die in der Sitzung angehängten Abänderungsanträge vor. Sie wurden bei 18 Stimmenthaltungen im ganzen angenommen. Daneben ergaben sich gegenüber den Beschlüssen in erster Lesung folgende wesentliche Abänderungen: Die Alterszusatzfrist in § 11, die Aufenthaltsdauer für die Wahlberechtigung von einem Jahr wird auf sechs Monate beschränkt. Die Forderung der dreijährigen Staatsangehörigkeit wird beseitigt, ebenso die Wahlpflicht; die Wahlabschießungsgründe werden eingeschränkt; die für die weiteren Abgeordneten erforderliche Einwohnerzahl wird von 250 000 auf 200 000 ermäßigt; die Verhältniswahl wird in einer Anzahl großstädtischer Wahlkreise eingeführt und kann im Wege der Gesetzgebung ausgedehnt werden. Das Herrenhaus wird in seiner Zusammensetzung insoweit geändert, wie in der ersten Lesung beschlossen wurde; außerdem treten 16 Vertreter der Arbeiter und 8 Vertreter der Angestellten hinzu, während die Vertretung des Grundbesitzes verringert wird. Der numerus clausus wird wieder auf 150 erhöht. Die künftigen Sicherungen verbleiben in der vom Abgeordnetenhaus beschlossenen Form. Das Staatsrecht des Herrenhauses wird gegenüber den Beschlüssen der ersten Lesung eingeschränkt, so daß in diesem Punkt die wesentlichen Beschlüsse des Abgeordnetenhauses wiederhergestellt werden.

Wie wir hören, findet die nächste Vollziehung des Herrenhauses am 24. Oktober, mittags 1 Uhr, statt. Auf der Tagesordnung wird die Wahlrechtsvorlage stehen.

Neuordnung Dementiert!

Zu den Bundesstaaten, in denen die innere Neuordnung auf demokratischer Grundlage mit aller Entschiedenheit in Angriff genommen werden muß, gehört neben Preußen in erster Linie das Königreich Sachsen. Sein Pluralwahlrecht zur Zweiten Kammer entzweigt die breiten Volksschichten und bietet in seinen Ergebnissen, also in der Zusammensetzung der sächsischen Volksvertretung, ein Zerrbild der wirklichen Volksmeinung. Die sächsische Sozialdemokratie hat daher mit allem Nachdruck gegen dieses Pluralwahlrecht angekämpft und die Einführung des allgemeinen und gleichen Wahlrechts gefordert. Bisher waren ihre Bemühungen jedoch vergeblich. Die sächsische Regierung verhielt sich durchaus ablehnend. Jetzt hat aber die Umwälzung im Reich die bestimmte Erklärung des neuen Reichskanzlers für die demokratische Neuordnung der Bewegung für die demokratische Neuordnung in Sachsen einen neuen starken Anstoß gegeben.

Eine Landesversammlung des Landesverbandes der Sozialdemokratischen Partei Sachsens bezeichnete es bekanntlich als die Pflicht der sächsischen Sozialdemokratie, „ihr möglichstes zu tun, um den Programmpunkt der neuen Reichsregierung, wonach auch für die Landtage der Bundesstaaten das allgemeine, gleiche Wahlrecht eingeführt werden soll, zu verwirklichen“. Außerdem drückte sie mit aller Schärfe ihr Mißtrauen gegen die jetzige Regierung aus. Für Sachsen müsse eine neue Regierung herbeigeführt werden, die das Vertrauen des sächsischen Volkes besitze. Schließlich wurde noch, hauptsächlich, um die Wahlrechtsvorlage schnell zu erledigen, die sofortige Einberufung des Landtages verlangt.

Auch die Bezirkskonferenz für Ostschlesien in Dresden stellte die umgehende bedingungslose Einführung des allgemeinen, gleichen Wahlrechts in allen Bundesstaaten, entsprechend dem Programm der Mehrheitsparteien... an die Spitze ihrer Forderungen und erwartete auch für Sachsen eine umgehende Lösung der Wahlrechtsfrage“. Der Kampf müsse mit aller Schärfe und Rücksichtslosigkeit geführt werden.

Da die Regierung der Demokratisierung und dem freien Wahlrecht in Sachsen bisher am entschiedensten entgegenstand, muß sich dieser scharfe und rücksichtslose Kampf in erster Linie gegen die Regierung richten. Davon gab bereits eine überaus stark besuchte Parteiversammlung der Dresdener Arbeiterschaft einen Vorgeschmack, die am Montag, dem Tage nach der ostschlesischen Konferenz, abgehalten wurde.

Aber die sächsische Regierung begreift immer noch nicht die Zeichen der Zeit. Das zeigt klar folgender Vorfall: Eine Korrespondenz hatte gemeldet, daß eine Gesamtsitzung des Ministeriums eine Aenderung für eine Wahlrechtsreform und für eine freiwahlrechtliche Neugestaltung auf anderen Gebieten beschließen habe. Demgegenüber wurde sofort von amtlicher Stelle mitgeteilt, daß die Mitteilung unzutreffend sei. Das ist nur ein neuer Beweis dafür, daß die heutige sächsische Regierung fest am Platze ist. Sie muß beseitigt werden, damit auch in Sachsen eine neue Zeit einziehen kann. Das sächsische Volk wird dem neuen Geiste den Weg freizumachen wissen!

Die Opposition im Zentrum.

Das „Düsseldorfer Tageblatt“ veröffentlicht jetzt den Wortlaut einer Erklärung, die in der Fraktionsitzung des Zentrums bei der Beratung des Programms der Mehrheitsparteien am 2. Oktober im Namen „eines Teiles der Fraktion“ abgegeben wurde. Es wäre interessant, zu erfahren, wie stark der „Teil“ der Fraktion war und wer ihm außer dem feudalen rechten Flügel noch angehört. Die Erklärung lautet:

„1. Niemand von uns wird sich dem außerordentlichen Ernst der Lage und der Notwendigkeit, ihr gewisse Opfer zu bringen, verschließen. Der gegenwärtige Augenblick verbietet es, zu den einzelnen Punkten des vorgelegten Programms kritische Stellung zu nehmen. Doch soll das Schweigen keine Billigung aller Punkte bedeuten.“

2. Wir bedauern die Ausschaltung der rechtsstehenden Parteien, welche auslandspolitisch wie innerpolitisch bedenklich ist, da sie die dringend nötige Einheit der inneren Front nicht nur nicht herstellt, sondern anscheinend mit Vorbedacht durchbricht und dem Prinzip der nationalen Verteidigung widerspricht.“

3. Andererseits lassen die Verhandlungen, sowie die enge dauernde Verbrüderung mit der Sozialdemokratie und die weitgehende Unterwerfung unter ihre erfahrungsgemäß stets wachsenden Forderungen, Ansehen und programmatische Ziele unserer Partei als gefährdet erscheinen.“

Diese Fraktionsminderheit hätte lieber eine Mehrheitsbildung nach rechts gesehen. Von einer „dauernden Verbrüderung“ mit der Sozialdemokratie kann natürlich ebensowenig die Rede sein wie von einer „weitgehenden Unterwerfung“ des Zentrums unter sozialdemokratische Forderungen. Die Sozialdemokratie ist es, die Opfer gebracht hat, um eine breite Mehrheit im Reichstag zu ermöglichen, deren Hauptaufgabe die schnellste Beendigung des Vorkriegszustandes ist.

Aus Lübeck und den Hamburggebieten. Der amtliche Kriegsbericht.

Sonnabend, 12. Oktober.

Wandlungen.

Ein guter Freund schickte mir zwei Kinobillette — gute Plätze, — ob ich sie verwenden wollte, er könne heute abend nicht hingehen. Ich konnte „heute abend“ auch nicht hingehen, aber Verwendung hatte ich doch dafür. Mir fiel meine Billigung für ein — sie hatte mal gedauert, sie würde den großen Despektulismus ganz sehen, und außerdem: sie war immer „nett“ — gemessen, war es sogar heute noch in Kriegszeiten, und hatte mir einen extra großen Hering mit Roggen herausgeholt, als es mal solche Tiere auf Karten gab. Die Frau strahlte. „Schon kloß die Aufmerksamkeit.“ „Aber nun sollen Sie auch Büchlinge haben's nächste Mal. Schicken Sie man her.“ Es soll zwar nicht sein so etwas, ich weiß es, aber ich habe trotzdem hingeschickt. Hätten Sie es etwa nicht getan, geachtete Leserin? Ich besam Büchlinge, schöne goldbraune, sie triefen von Fett, und es waren mehr, als ich im Augenblicke aufessen konnte. „Woh man sie kriegen, werden sie trocken — was macht man damit? Ich dachte an meine Seifenhandladerin; als wir kürzlich mal über die „Lebensmittelmöglichkeit“ unserer Zustände philosophierten, hatte sie geäußert: „Ach und Büchlinge! Ich habe solchen „Süper“ darauf, aber ich werde wohl nie welche kriegen!“ Ob sie zwei, drei von den Dingen kaufen würde?

Sie kaufte sie mit Wonne, sie zerfloß in Nührung und Dankbarkeit, und schließlich hatte sie unterm Vadenitisch zwei große Stücke gute Kernseife hervorgeholt, sie hätte sie eigentlich für sich selber zurückgelegt, aber wenn ich sie wollte, das Stück nur 10 Mark. Mit beiden Händen habe ich zugegriffen, und da sie versichert, sie würde nun öfters an mich denken und mir nächste Woche wieder etwas zukommen, Klingelte ich sofort bei Lantje Lene an: „Du brauchst ja noch Seife für Deine helle Bluse, ich kann Dir ein Stück ablassen für 10 Mark. Willst Du sie haben?“ Rückantwort: „Kind, Du bist ein Engel, aber ich renauchiere mich; ich habe eben Butter bekommen, willst Du 2 Pfund haben? Sie kostet nur 22 Mark pro Pfund!“ 22 Mark für Butter auszugeben, war mir im Augenblicke allerdings ein bißchen gegen den Strich, ich habe sie trotzdem sofort geholt, für das eine Pfund würde sich schon ein Abnehmer finden. Er fand sich sehr schnell. Mein Hauswirt hatte mir neulich erst gesagt, wenn er bloß jemand wüßte, der ihm Butter besorgen könnte. Da er mich noch nicht gefragt hat, habe ich ihm angeboten. Er hat sie mit Jubel akzeptiert und mir zum Dank eine Adresse gesagt, wo man Kartoffeln hamstern könnte, den Zentner nur zu 20 Mark. Ich habe den Zentner Kartoffeln gehamstert und Kaffee dazu verholpen, daß sie sich ebenfalls einen Zentner hamstern konnte; sie hat mir in überströmender Dankbarkeit dafür 10 Pfund Mehl abgelassen, das Pfund sage und schreibe nur 3 Mark. Von dem Mehl habe ich meiner Partierfrau 3 Pfund verkauft, sie hatte gerade Einsegnung im Hause, sie sprang dedenhoch und sagte am andern Tage, ob ich einen halben Zentner Kaffee haben wollte, ihre Karte vom Lande würde ich schicken.

Er ist auch richtig angekommen und sogar noch eine Mandel Eier dazu. Von den Eiern habe ich zwei, von den Mandeln fünf Pfund dem Freunde geschickt, der mit die Kinobillette laudete; man muß sich doch revanchieren. Er hat mich angefangelt: „Mensch, Du bist großartig! — Morgen schicke ich Dir wieder zwei Billette! — Willst Du sie?“ Na und ob ich sie wollte!

Die Lübecker Handelskammer zur finnischen Königswahl.

Von dem finnischen Rumpparlament ist auf Grund einer verabschiedeten Verfassungsbestimmung der Schwager des deutschen Kaisers, Prinz Friedrich Karl von Hessen, zum König gewählt worden. Die Lübecker Handelskammer bezieht sich, dem neuen Herrn folgendermaßen ihre Glückwünsche telegraphisch darzubringen:

„Euer Hoheit ist mit der Darbietung der finnischen Königswürde die Krone eines Landes entgegengebracht worden, welches in der Behauptung seiner Selbstständigkeit immer die tiefsten Wurzeln seiner nördlichen Kraft und Gesundheit erblickt hat. Kein Volk der Erde hat dank seiner hohen kulturellen und wirtschaftlichen Entwicklung sowie seiner in allen Stürmen erprobten und unbegrenzten Volkskraft begründeteren Anspruch auf eine freie Stellung im Kreise europäischer Völker als gerade Finnland. Daß eben dieses Volk eingedenk der alten Beziehungen, welche seine bisherige Entwicklung mit der Deutschlands verknüpfen und eingedenk der Bestätigung dieser Verbindung durch die Blutsgemeinschaft dieses Krieges, in freier Selbstbestimmung einen Fürsten deutschen Stammes zu seinem Führer erheben will, erfüllt die von jeher mit Finnland besonders eng verknüpfte Kaufmannschaft Lübeds mit aufrichtiger Freude und Genugtuung. Mögen Eurer Hoheit in dem Bewußtsein, als frei ererbter Herrscher einem edlen und starken Volke dienen zu können, die Kraft finden für die Annahme der Krone, an welche sich so heilige und so berechtigte väterländische Hoffnungen des finnländischen Volkes knüpfen.“

Man muß daran erinnern, daß weite Kreise des finnischen Volkes von der ganzen Königsmacherei nichts wissen wollen; daß die Sozialdemokratie, die vor der Revolution im finnischen Landtag etwa die Hälfte der Mandate besaß, daran überhaupt nicht mitwirken konnte. In Anbetracht dieser Tatsache klingt es fast wie Ironie, wenn die deutsch-finnische Gesellschaft, in der die Lübecker Handelskammer tonangebend ist, in einem Telegramm sagt: „Ein auf solcher Grundlage errichteter Thron trägt die Gewähr seiner Festigkeit in sich selbst.“ Wäre der Festigkeit der Thron nicht es gegenwärtig eine sehr eigene Sache und die Gewähr, welche die Minderheit eines Volkes bietet, ist nicht allzu sicher. Wir stimmen dem „Vorwärts“ bei, wenn er bemerkt:

„Verrätigt Prinz Friedrich Karl über nebständige Ratgeber, so werden ihm die nicht dringend genug raten können, die Finger von der Sache zu lassen und die angebotene Krone abzulehnen. Tatsächlich stehen die Dinge so, daß der Prinz als König von Finnland einen denkbaren wackeligen Posten einnimmt. Das finnische Volk steht nicht hinter dieser Wahl. — Die gegenwärtige Behauptung beruht auf Verleumdung der Tatsache, daß aus dem jetzigen Parlament die Hälfte der Abgeordneten, die Sozialdemokraten, mit Gewalt ausgeschlossen sind. Selbst von der verbleibenden Hälfte der Volksvertreter ist nach ein gut Teil streng republikanisch gesinnt, im ganzen mindestens zwei Drittel des Volkes! Das deutsche Volk — und, wie wir wohl annehmen dürfen, auch die deutsche Volksregierung — haben an diesem prinzipiellen Abenteuer nicht das mindeste Interesse, zumal es direkt als Hindernis für den sich jetzt abzunehmenden Frieden wirken kann. Jedenfalls wird kein vernünftiger Mensch in Deutschland auch nur fünf Minuten länger Krieg führen, damit Prinz Friedrich Karl König von Finnland bleibt. Läßt sich der Prinz in das Abenteuer ein, so handelt er ausschließlich auf eigene Rechnung und Gefahr!“

Zur Bucheckernsammlung.

In den Lübeckischen und preussischen Staatsforsten kann jedermann Bucheckern sammeln, soweit nicht einzelne Forstorte aus forstwirtschaftlichen Gründen gesperrt sind. In unserem Staatsgebiet ist der Inaelsdorfer Forstbezirk links der Travemünder Straße (Posthalle) für die freie Sammlung gesperrt und ausschließlich der von den Schulen wahrgenommenen öffentlichen Sammlung vorbehalten. Auch die Privat- und Gemeindeforsten sind frei, aber nur für die öffentlichen Sammlungen der Kriegswirtschaftsämter. Ob die Waldbesitzer die freien Sammler zulassen wollen, ist ihrem Ermessen überlassen.

Die Kriegswirtschaftsämter werden nähere Bestimmungen treffen, in welchem Umfang die privaten Sammler der amtlichen Sammlung sich anschließen können. In der Natur der Bucheckersammlung liegt es nämlich, daß es gemeinbar vorteilhafter ist, gruppenweise zu sammeln. Bevor der einzelne Sammler in

Westlicher Kriegsschauplatz.

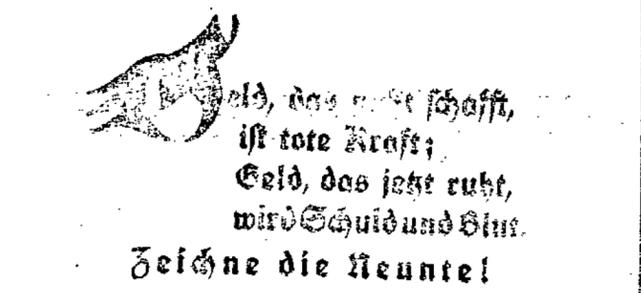
Wir sind aus den Stellungen westlich von Douai in rückwärtige Linien zurückgegangen. Der Gegner ist langsam gefolgt und stand am Abend in der Linie Moendin—Sornos—Honin—Pietart und östlich der Bahn Venmont—Brebieres. Nordöstlich von Cambrai griff der Feind zwischen der Schelde und St. Vaast an. Angriffsziel der hier in schmaler Front eingeleiteten englischen Divisionen war der Durchbruch auf Valenciennes. Seine Absicht ist vereitelt. Es gelang dem Feinde nur, in Zwun und auf den Höhen östlich und südöstlich des Ortes Fuß zu fassen. Unsere von Panzerwagen wirksam unterstützten Gegenstöße brachten hier den Sturm des Feindes zum Stehen. An der übrigen Front wehrten wir den Feind von unseren Linien ab und fügten seinen dichten Angriffswellen schwere Verluste zu.

Hetzgruppe Deutscher Kronprinz. Heftige Seitenangriffe englischer, amerikanischer und französischer Divisionen beiderseits von Bohain wurden vor unseren Stellungen abgewiesen.

An der Dije Erkundungsgesichte. Südlich von Laon haben wir den Chemin des Dames geräumt. In dem Aisne-Bogen zwischen Berry-au-Bac und südlich von Bozieres haben wir neue Stellungen bezogen. Die Bewegungen, die seit Tagen eingeleitet waren, blieben dem Feinde unbekannt und sind ungeführt und programmgemäß verlaufen.

Auch in der Champagne ist der Feind nur vorsichtig gefolgt. Der siegreiche Ausgang der großen Schlacht in der Champagne, die die Armeen des Generals v. Einem mit verhältnismäßig schwachen Kräften gegen eine gewaltige Hebermacht des französischen und amerikanischen Heeres in 14-tägigen harten Kämpfen gewonnen hat, und die beim Feinde in der Champagne infolge der ungewöhnlich hohen Verluste eingetretene Erschöpfung haben die reibungslose Durchführung dieser schwierigen Bewegungen ermöglicht.

Heeresgruppe Gallien. Teilkämpfe beiderseits der Aisne. Heftige Angriffe, die der Feind in dem Kampfschnitt der letzten Tage auf beiden Maas-uffern führte, sind unter schweren Verlusten für den Feind gescheitert. Cunel und der Orens-Wald, die vorübergehend verloren gingen, wurden von sächsischen Bataillonen wieder genommen. Die seit 15 Tagen im Brennpunkt bei Romagne in schweren Abwehrkämpfen stehende elsass-lothringische 115. Infanterie-Division unter Generalmajor Kundt hat auch gestern die ihr anvertrauten Stellungen gegen alle Angriffe des Feindes gehalten. Der Erste Generalquartiermeister. Ludendorff.



den Wald geht, muß er sich genau unterrichten, wo die ausgiebigsten Sammelstellen sind, wo und in welcher Beschaffenheit die Bucheckern anzuliegen werden, sowie welche Geräte er zur Sammlung mitzuführen soll. Für das Kilogramm Bucheckern erhält der Sammler 1,65 Mk. und hat außerdem noch die Wahl zwischen einem Delbezugschein oder einem Schlagstein. Der Delbezugschein berechtigt zum Ankauf von 60 Gr. Del auf das Kilogramm abgelieferte Bucheckern. Der Schlagstein gestattet die gleiche Menge Bucheckern, die abgeliefert wurde, für den eigenen Bedarf in der auf dem Schlagstein angegebenen Mühle schlagen zu lassen. Wo keine leistungsfähige Mühle zur Verfügung steht, wird der Sammler gut tun, den Delbezugschein zu wählen. Ein geschickter und fleißiger Sammler kann im Tag bis zu 15 Kgr. Bucheckern sammeln, die mit 2,475 Mk. bezahlt werden und ihm außerdem die Möglichkeit geben 900 Gr. Del zu erwerben.

Zwiebeln. Es sind bereits Zwiebeln an die Bevölkerung zur Ausgabe gelangt, und wird voraussichtlich in nächster Zeit eine weitere Verteilung möglich sein. Da die Zwiebelernte in diesem Jahre schlecht ausgefallen ist, muß ausserordentlich darauf hingewirkt werden, daß die jetzt verteilten Zwiebeln nicht nur für den laufenden, sondern besonders für den Winterbedarf der Bevölkerung bestimmt sind. Ob im Laufe des Winters weitere Zwiebeln verteilt werden können, ist ungewiss. Es liegt deshalb nur im Interesse eines jeden, die Zwiebeln sparsam zu benutzen und die jetzt verteilten Zwiebeln sorgfältig und trocken zu lagern.

Die Vorträge der Oberschulbehörde werden in diesem Winter durch eine Vortragsreihe über Schopenhauer von Oberlehrer Dr. phil.-ed. jur. Döring eröffnet werden. Die Vorträge werden zunächst die historischen Vorbedingungen zum Verständnis der Schopenhauer'schen Philosophie, dann Schopenhauer's Leben und Persönlichkeit und in ihrem Hauptteile die Weltanschauung des berühmten Philosophen darlegen. Die Vorträge finden in der Aula der Ernestinen-Schule an den Freitagen vom 18. Oktober bis 20. Dezember abends 8 Uhr statt. Alles Uebrige ergeben die öffentlichen Anschläge.

Lübecker Straßenschn. Betriebsergebnisse für den Monat Sept. Befördert sind: 1918: 2 393 883 Personen, 1917: 2 056 566 Personen, mehr: 336 767 Personen. Eingekommen sind: 1918: 284 214,63 Mk., 1917: 204 715,95 Mk., mehr 79 498,68 Mk.

Sans-Theater. Am Sonntag nachmittag findet eine Wiederholung der beliebten Operette „Schwarzwaldbäuerl“ statt. Abends 7 Uhr: „Drei alte Schachteln“ mit der Musik von Walter Kollo.

Gestohlene Holzbank. Einem in der Kaiserhofstraße wohnenden Portier ist aus seinem Vorgarten eine Holzbank mit Schraubstock gestohlen worden.

Billige Äpfel. Aus einem Garten in der Kaiser-Wilhelm-Straße sind etwa 100 Pfund Äpfel gestohlen worden. Zum Transport derselben benutzte der Dieb einen den Geschädigten gehörenden grau gestrichenen Handblachwagen, der im Garten gelagert hatte.

* Zehngeschlagener Plan. In der Nacht zum 11. ds. Mts. wurde ein unterhalb der Hundelstraße mit Bleistiftkassernen besetzter Eisenbahnwagen erbrochen und aus demselben zwei Kisten enthaltend je 25 Dosen zu 4 Pfund Löberwurz, gestohlen. Die Diebe hatten die beiden schweren Kisten zunächst in einem in der Nähe befindlichen Gebüsch versteckt, um sich ein Transportmittel zu beschaffen. Inzwischen wurde der Diebstahl aber entdeckt und die Kisten gefunden. Als die Täter ihren Raub in Sicherheit bringen wollten, wurden sie gefasst und festgenommen. Es waren dieses ein in der Fischergrube wohnender Arbeiter und ein Soldat dieses Truppenteils.

Hamburg. Das Hamburger Freigericht verhandelte am 11. Oktober in öffentlicher Sitzung über die holländischen Segelschiffe „Waterploeg“ und „Aung“, über den dänischen Segler „Auntoro“ und den spanischen Dampfer „Coforito“. „Waterploeg“, der eine Ladung Heilige von Bergen nach Holland bringen sollte, ist wegen Verdachts der Spionage im Mai d. J. auf der Nordsee angehalten und nach Copenhagen abgebracht worden. Die mit 163 700 Mk. bewertete Ladung wurde dem Reichsmarineamt überwiesen, das den Wert hinterlegt hat. Die Reederei bestritt das Recht zur Aufbringung und verlangt vollen Ersatz für den ihr zugefügten Schaden. Das Gericht hat folgendes Urteil gefällt: Schiff und Ladung unterliegen nicht der Einziehung, das Schiff ist demgegenüber freizugeben. Das Deutsch Reich hat an den Reeder des „Waterploeg“ 103 700 Mk. abzüglich 6930 Mk. zu zahlen, außerdem wird es in einer zweiten Reklamation zur Zahlung von 6930 Mk. verurteilt. Der Segler „Aung“ mit Eisen- und Stahlblöden von Norwegen nach Holland unterwegs, wurde im Mai d. J. ebenfalls wegen Spionageverdachts zur Untersuchung nach einem deutschen Hafen abgebracht. Nachdem es sich herausgestellt hat, daß die Ladung auch Schiffsbauwerkzeugen dienlich gemacht werden konnte, die feindliche Bestimmung sich also einwandfrei nachweisen ließ, sind sämtliche Erklärungsabgaben abgewiesen. Die Sache „Auntoro“ bei der es sich um Forderungen von 750 000 Mk. und 600 000 Mk. handelt, ist verlagert worden. Das in Ballast von Frederikshaven nach Newyork bestimmte Schiff wurde im März d. J. verhaftet. Der spanische Dampfer „Coforito“ mit Salz und Etüdgut unterwegs, wurde am 8. Februar 1918 gefaßt. Die Eigentümer erklären, die Verhaftung sei zu unrecht vorgenommen und beantragen eine Entschädigung von 10 Millionen Pesetas. Das Gericht hat die Forderung abgelehnt.

Kiel. Eine Familientragödie. An der Hamburger Chauvee 86 hatten sich ein Mann und drei Kinder der durch Leuchtgas vergiftet. Beim Eintreffen der Sanitätler der Feuerwehrgesellschaft waren bei dem Mann und zwei Kindern bereits der Tod eingetreten. Das dritte Kind konnte mit Hilfe des Sauerstoffapparates noch ins Revolutionskrankenhaus gebracht werden und wurde ebenfalls nach der Medizinischen Klinik gebracht.

Oldenburg. Sozialdemokratische Gemeindevorstanderversammlung für Oldenburg und Ostfriesland. Die sozialdemokratischen Gemeindevorstände des Herzogtums Oldenburg und des preussischen Landesterritoriums Ostfriesland haben sich mit den kommunalpolitischen Fragen beschäftigt. Der Landtagsabgeordnete Paul Hug hat in seinem Referat über die Reform der Gemeindeverfassungen die hohe Bedeutung sowohl des Friedensschrittes der neuen Reichsregierung als auch der innerpolitischen Fortschritte der Reichsparteien hervor und verlangt, daß der Demokratisierung im Reich und Staat auch eine Reform der Gemeindeverfassungen folgt. Die Sozialdemokratie müsse darauf dringen, daß der Geist der Selbstverwaltung weiter sich vertiefe. Auch dürfe an Stelle der Bureaucratie nicht eine Administration-Hierarchie großgezogen werden. Besonders die Städte seien befreit, die wirkliche Verwaltungsarbeit ausschließlich in die Hände von Juristen zu legen und die gewählten Vertreter der Gemeindeglieder zur Dekoration zu machen. Hiergegen müsse, weil im Widerspruch zu dem Gedanken der Selbstverwaltung stehend, Front gemacht werden. Der Redner forderte weiter: Aufhebung aller Privilegien bestehender Gemeindeglieder; Einrichtungen, die es den Gemeinden ermöglichen, gegen bestehende Beschlüsse den Rechtsweg zu bahnen; Aufhebung des Bestätigungsrechtes der Regierung; Einführung der Verhältniswahl in allen Gemeinden und vor allen Dingen die Einführung des gleichen Wahlrechtes für die Frauen. Die Versammlung erklärte sich mit den Ausführungen des Genossen Hug einverstanden. Dann erstatteten die anwesenden Gemeindevorstände Bericht über die auf kommunalen Gebiete geleistete Arbeit im Kriege. Aus den Mitteilungen geht hervor, daß die Sozialdemokratie bei dieser Kriegesarbeit überall Einfluß zum Teil sogar entscheidenden, ausgeübt hat. Nur in der Residenzstadt Oldenburg und in der Gemeinde Kassebe, dem Sommeritz des Grobherzogs, konnte hiervon keine Rede sein. Angenommen wurden Anträge auf statistische Erhebungen über die Kriegswahlberechtigten in den Gemeinden und über die Beteiligung der Genossinnen an der kommunalen Arbeit. Zu der Gründung des Volksbundes nahm die Konferenz im Juni im neuen Sinne Stellung.

Theater und Musik.

Im Stadttheater erlebte gestern Bizets leidenschaftsdringliche Oper „Carmen“ eine bis auf kleine Unstimmigkeiten und Anstimmigkeiten auf der Bühne recht wirkungsvolle Wiedergabe. Die prächtige farbenreiche Musik erklang unter Weichers temperamentvoller und energiegeladener Stabilisierung in ihrer feinsten Schönheit. Was die Besetzung der einzelnen Partien anbelangt, so hatte sie sich gegen das Vorjahr wenig geändert. Die packende Leistung der Frau Ludewigs-Rerte als Carmen, der im Spiel und Gesang (bis auf einzelne schlüssigende Töne) gleich mächtige, innerlich erlebte Jule des Herrn Hofer, der durch sein warmes, volltönendes Organ für sich einnehmende Escamillo des Herrn Schumann er sind bereits früher anerkant und gewürdigt worden. Schluch und innig, feinsinnig und im Wesen voll Lieblichkeit und Annuit war die Micaela des Fräulein Malinowski. Lobend erwähnt seien noch der Juniga des Herrn Balder-Jostekowicz. Das ausverkaufte Haus folgte der von Herrn Ludewigs dirigierten Vorstellung mit starkem Interesse. P. L.

Neueste Nachrichten.

Berlin, 12. Oktober. Nach einer Genfer Nachricht meldet „Libre Parole“, daß Wilsons Nichtbeachtung der österreichischen und türkischen Friedensnoten mit beruhigenden Erklärungen zusammenhänge, die Wilson von beiden Kabinetten erhalten habe.

Bruch zwischen Rußland und der Ukraine.

Warschau, 12. Oktober. Nach einem Bericht aus Stockholm wird aus Kiev offiziell gemeldet, daß die diplomatischen Beziehungen zwischen Rußland und der Ukraine am 6. Oktober abgebrochen wurden. Wegen der begonnenen Evaluierung der deutschen und österreichischen Truppen bemächtigt sich der Ukraine, bei der täglichen Ausdehnung der bolschewistischen Bewegung, eine lebhafteste Reaktion.

Der Sieg der Minderheit.

Genf, 11. Oktober. Am Donnerstag erfocht die Minorität auf dem Sozialkongress einen glänzenden Sieg, da die Tagesordnung Poinquet mit 1526 Stimmen gegen 1212, die auf Renaudels Tagesordnung entfielen, angenommen wurde.

Verantwortlich für die Rubrik „Aus Lübeck und den Hamburggebieten“ und die mit P. L. gezeichneten Artikel: Paul Löwigt, für den gesamten übrigen Inhalt: Johannes Stellung, Berleger: Th. Schwarz, Druck: Friedr. Meyer & Co. sämtlich in Lübeck.

Brotkartenausgabe

im Eingemeindungsgebiet und in den Landgemeinden.

1. Die Brotkarten für die nächsten 8 Wochen vom 19. Oktober bis 18. Dezember 1918 werden ausgegeben:

a) in den Stadtteilen Travemünde, Nischwitz mit Herrenweg und Walbhufen, Schlutup, Dänischburg mit Siem, Mölsing mit Genth und Buntekuh für die Verbraucher, deren Familienname anfängt

mit den Buchstaben A bis H am Mittwoch, 16. Oktober während der üblichen Geschäftsstunden in den b) in den Landgemeinden an den Tagen vom 16. bis 18. Oktober

2. Für jedes Best, das außerhalb der festgesetzten Tage und Tageszeiten abgeholt wird, ist eine Gebühr von 50 Pf. zu entrichten. Dies gilt auch für die Landgemeinden.

3. Für Kinder unter 1 Jahr werden Brotkarten nicht ausgegeben. Die neuen Brotkarten werden nur gegen Vorlegung des Ausweises zum Bezuge von Lebensmitteln ausgeben. Kinder unter 12 Jahren dürfen die Karten nicht abholen.

II. Wer den mit der Brotkartenausgabe beauftragten Beamten oder Gemeindevorstehern unrichtige Angaben macht, wird mit Gefängnis bis zu einem Jahr und mit Geldstrafe bis zu 50 000 Mk. oder mit einer dieser beiden Strafen bestraft.

Lübeck, den 11. Oktober 1918. (4985)

Das Polizeiamt.

Warenausgabe

in der Woche vom 14. bis 21. Oktober 1918.

1. Auf die Bezugsausweise des Lebensmittelkartenheftes und die Lebensmittelkarte.

Butter: Abschnitt 47 30 Gramm Butter zum Preise von 21 Pf.
Speisefett: 47 35 Gramm Feintalg zum Preise von 23 Pf.
Zucker: 68-67 je 125 Gramm Zucker (bis 26. 10. 18)
Mühlensubstrate: 57 100 Gramm Weizenmehl zum Preise von 48 Pf. für 1/2 kg.

Auf die Bezugskarten des Lebensmittelkartenheftes sind die Waren in den Geschäften zu entnehmen, bei welchen die Anmeldung des Bezugsrechts erfolgt ist. Auf die Lebensmittelkarte dürfen die Waren nur in den auf der Rückseite der Karte bezeichneten Geschäften verabfolgt und entnommen werden.

2. Auf die Bezugsausweise für Militäranwärter in der Woche vom 14. bis 21. Oktober 1918.

Ganze Wochenmenge wie bei der Lebensmittelkarte.
Salz: 15 Gramm Butter, 15 Gramm Feintalg, 75 Gramm Zucker, 50 Gramm Weizenmehl.

Die Waren sind in den auf der Rückseite der Karte bezeichneten Geschäften zu entnehmen.

3. Auf die Fettzuzugskarten für Schwerarbeiter. Abschnitt 73: 60 Gramm Feintalg zum Preise von 39 Pf.

4. Auf Butterbezugshefte: 12 bis der höchstzulässigen Bezugsmenge und zwar 6 Teile in Butter und 7 Teile in Feintalg.

Lübeck, den 11. Oktober 1918. (4970)

Das Polizeiamt.

Bekanntmachung

betreffend die Abgabe von Kartoffeln.

Der Ausschuss für Kriegshilfe bestimmt hierdurch:

Vom 14. Oktober bis 20. Oktober ds. Jz. dürfen auf Abschnitt 5 der Kartoffelkarte sieben Pfund Kartoffeln entnommen und abgegeben werden.

Die Entnahme der Kartoffeln kann auch bei den Kartoffelerzeugern und bei den zugelassenen Kartoffelhändlern gegen die vorgeschriebene Abgabe der Kartoffelkartenabschnitte geschehen.

II. Zuwiderhandlungen unterliegen den bestehenden Strafbestimmungen.

Lübeck, den 12. Oktober 1918. (5001)

Der Ausschuss für Kriegshilfe.

Die von der Heeresverwaltung erlassenen Bestimmungen über den Anzug der Offiziere, Sanitätsoffiziere, Veterinäroffiziere, Beamten, Unteroffiziere und Mannschaften, namentlich die

1. durch die Anlage 1 zum Merkblatt über die Veriorung der Offiziere mit Bekleidungs- und Ausstattungsgegenständen vom 11. 2. 18. Nr. 2102. 18. B 3 (A. B. S. 87) und

2. durch die Anlage zum Merkblatt über Ausstattung der Feldtruppen mit Bekleidung vom 6. 8. 1917 Nr. 2005/7. 17. B. 3. (A. B. S. von 1918 Seite 162)

anlässlich des Krieges gegebenen besonderen Vorschriften finden bei den Soldaten, die Uniformen anfertigen, noch nicht allgemeine Beachtung, die die Regimentsärzte und die allgemeine Wirtschaftsstelle erfordern. So werden z. B. immer noch für Offiziere Friedensuniformen, keine Röcke, Feldröcke (Feld- und Feldunterrock), Friedensschirmmützen und unbrauchbare Hülsen oder Unteroffiziere und Mannschaften (Fähnliche, Fahnenjunker, Offizierskellner usw.) eigene Sachen angefertigt und verkauft.

Gemäß § 9 des Gesetzes über den Belagerungszustand vom 4. 6. 1918 und § 1 des Abänderungsgesetzes vom 11. 12. 1918 ist bereits hiernach, das Gewerbebetriebe und auch sonstige Zivilpersonen

a) bei der Anfertigung von Uniformen von der Vorsehung abzuweichen oder Uniformstücke herzustellen und zu verkaufen oder auch nur zur Schau stellen, die in den Bestimmungen verboten oder als unzulässig bezeichnet sind;

b) dahingehende Anweisungen in Zeitungen usw. erlassen;

c) von der Heeresverwaltung oder von Heeresangehörigen zur Befreiung übergebene Stoffe, Zusätze und Zutaten zu anderen Zwecken als zu Uniformen für Offiziere und sonstige Angehörige von Heeresarten verwenden oder

d) Uniformen und sonstige militärische Bekleidungsstücke, Stoffe, Zusätze und Zutaten von Heeresangehörigen kaufen oder auch ohne Bezahlung annehmen.

Bestrafung werden, sofern die betreffenden Gesetze keine höhere Strafe bestimmen, mit Gefängnis bis zu 1 Jahr und beim Vorliegen mildernder Umstände mit Geld oder Geldstrafe bis zu 100 Mark bestraft.

Allen Gewerbebetriebern steht es frei, sich die unter 1 und 2 bezeichneten Bestimmungen von den Bekleidungsämtern zu beschaffen. Sie werden kostenlos abgegeben.

Große Zschl. Bettstelle billig zu verkaufen. (5002)

Eine Verordnung des Herrn Gouverneurs des Reichskriegshafens Kiel vom 29. September 1918, die das Einwerfen von brennenden, glühenden oder im Wasser entzündbaren Gegenständen in das Wasser des Kieler Hafens und des westlichen Teiles der Eckernförder Bucht verbietet, ist auf den Bezirk des unterzeichneten Generalkommandos mit der Maßgabe ausgedehnt worden, daß auch vom Lande aus in den angegebenen Teil der Eckernförder Bucht solche Stoffe nicht hineingeworfen werden dürfen.

Das Nähere ergeben die Bekanntmachungen in den amtlichen Blättern. (5008)

Stellv. Generalkommando IX. Armeekorps.

Vorträge der Oberschulbehörde.

Oberlehrer Dr. Döring: Schopenhauer. 10 Vorträge an den Freitagen vom 18. Oktober bis 20. Dezember in der Aula d. Ernestinschule, abends 8 Uhr. Das Nähere ergeben die öffentlichen Anschläge. (4969)

Lübeck, den 12. Okt. 1918. Die Oberschulbehörde.

Burg-Knabenschule.

Buchstaben sammeln d. Klassen 1-5 am Montag, d. 14. Oktbr., ab 10 Uhr. (5009)

Schroeder, Rektor.

Für die anlässlich unserer 100jährigen Hochzeit uns in so reichem Maße erwiesenen Aufmerksamkeiten sagen wir hiermit unsern herzlichsten Dank. (4971)

Hermann Nupkau u. Frau geb. Schlüter.

Fachburger Allee 76.

Nach kurzem schweren Leiden entschlief am Mittwoch abend 10 Uhr sanft und ruhig in ihrem 42. Lebensjahre meine geliebte Frau, meine liebe gute treuherzige Mutter, unsere liebe Tochter, Schwester, Schwägerin und Tante

Alwine Koller geb. Voll.

In tiefer Trauer (5000)

Joseph Koller, kurzzeit im Felde, Martha Koller und alle Angehörigen.

Lübeck, Fiegestr. 24a.

Bestattung Donnerstag, Beginn der Trauerfeier 14 Uhr in der Kapelle des Vorwerfer Friedhofes.

Reisende, auch Damen, sofort gesucht.

J. Petersen sen., Flensburg. Fernruf 1077. (4978)

Gesucht tüchtige 5001

Arbeiterinnen u. kräft. Arbeiter.

Abteilung Fleischkonserven. Paul Lohrmann, Hundestr. 95.

Wegen Erbschaftsregulierung die leerstehende Gangbude Engelsgrube 73/3 zu verkaufen. Preis M. 1600.—, Anz. M. 600.— (5007) Näh. Engelsgrube 85.

Ein kleines guterhalt. Haus im Gang preiswert zu verkaufen. Kann sofort bezogen werden. (5002) Paul Lohrmann, Hundestr. 95.

Zu verkaufen. 1 Paar Schnürschuhe Nr. 47 gegen Nr. 42 od. Bezugsschein. (4986) Steinstraße 11.

Kaufe dauernd lebende u. geschlachtete (4982)

Kaninchen

Gewicht von 4 Pfund an. H. Wede, Lübeck, Schwartauer Allee 5.

Verzittiger Sonntagsgesellschaft am Sonntag, 13. Okt. (4987) Dr. Lorenz, Breite Str. 11.

Arzt Rahen, Sürgertor-Allee 18 Dr. Ad. Christern, Kad. Allee 18.

Dr. Klotz

Direktor des Kinderhospitals und staatlicher Kinderarzt. 4976 Sprechstunde 3-4 Uhr nachm. im Kinderhospital.

Schmierwasmittel

beiter u. hervorragender Schmierseifen-Ertrag, vom R.-M. genehmigt, liefert in 20-Pfd.-Eimern à M. 10.50 1-Zentner-Rübel à 45.— Walter Kühlig, chem. techn. Prob., Mühlhauken i. Ehr. (4993)

Ein Mann beim Ofen

und Ziegeleiarbeiter gesucht

Ziegelei Genin bei Lüd. (4994)

Tischler

werden eingestellt von (4998)

Flugzeugbau Friedrichshafen, G. m. b. H., Werft Warnemünde.

Junge Mädchen

welche Nähmaschinen können, werden sofort eingestellt. Kriegshilfe, Abt. Schuhfürsorge. (5003) Königstraße 19.

Bereinigte Möbel-Kaufhäuser

Königstr. 73, Ditzh. u. Hütrstraße 47.

Bereinigte Möbel-Kaufhäuser

Königstr. 73, Ditzh. u. Hütrstraße 47.

Bereinigte Möbel-Kaufhäuser

Königstr. 73, Ditzh. u. Hütrstraße 47.

Bereinigte Möbel-Kaufhäuser

Königstr. 73, Ditzh. u. Hütrstraße 47.

Bereinigte Möbel-Kaufhäuser

Königstr. 73, Ditzh. u. Hütrstraße 47.



Wer seinen Winterbedarf Schuhfest jetzt beschafft, kauft billiger als während der Saison.

Dr. Gentner's Schuhfest

erhält das Leder weich, macht es wasserfest und dauerhaft, und kann jetzt noch prompt geliefert werden.

Hübsche Platsche und Postkarten. Hersteller auch des beliebten Wachlederpukes Nigrin: Carl Gentner * Göppingen

Friedens-Aufbau

Gesund werden, satt essen im eigenen Heim. Jeder Familie ein eigenes Buch. Wiesbaden 123. Sachverhalt Druckfachen geg. Rückporto, Heimstättenbuch v. Dir. Wigt für M. 2.4

Achtung Kiefernholz

zum Anheizen, das Beste, was es gibt, durch großen Einkauf bei günstigster Lieferung zu folgenden billigen Preisen frei Haus: à Satz 3.— Mk., à rm 40.— Mk., gefügt 3.— Mk. mehr. Wagenweise hoher Rabatt.

Prima Bremervörder Brenntorf markenfremd zu billigsten Tagespreisen. (4988)

Johs. Mustin, Friedenstr. 78.

Lager: Warendorferstr. 22. Fernruf 2740. Ein Posten gebrauchte 5' □-Hölzer, 2-3 m lang, à m 1.25 Mk.

Carl Folkers Möbelmagazin

25 Marlesgrube 25. Vollst. Wohnungseinrichtung Selbstgefertigte Arbeiten. Größte Auswahl. (4979) Billigste Preise. Weitehendste Garantie.

Zimmereinrichtung stets Fernsprecher 2734.

Patent-Matrassen

in gros und en detail jedes Maß in kürzester Zeit liefert Gebrüder Hefli, (ass) Lübeck, Untertrave 11/112.

Eröfne

am 1. November mein Geschäft und bitte um Eintragung in d. Kundenliste

Hochachtungsvoll R. Grün, Schlachtere, Lübeck, Adlerstr. 35.

Möbel!

Schlafzimmer, Wohnzimmer, Kücheneinrichtungen, sowie sämtliche Einzel-Möbel in großer Auswahl zu billigen Preisen. (4977)

Bereinigte Möbel-Kaufhäuser

Königstr. 73, Ditzh. u. Hütrstraße 47.

General-Versammlung

der St.-Gertrud-Schweinegilde am Sonntag, dem 13. Oktober abends 8 Uhr im Lokale des Herrn Gutsche, (Neu-Bauerhof) Armimstr. 33. Tagesordnung: 1. Abrechnung vom 3. Quartal 1918. 2. Festsetzung des Beitrages. 3. Bericht des Vorstands. 4. Beitragsheben. (4989) Der Vorstand.

Theater für die Jugend.

Neue Puppenspiele. (4996) Marmorsaal des Stadttheaters. Sonntag, den 13. Oktober: Hansel und Gretel. Anf. 1/2 Uhr. - Kasseneröffnung 2 Uhr.

Ordentliche General-Versammlung

der Sterbekasse „Fidelitas“ für Männer u. Frauen, Lübeck am Montag, 14. Oktober 1918 abends 8 1/2 Uhr im „Gewerkschaftshaus“ Johannsstraße 50-52. Tagesordnung: 1. Abrechnung vom letzten Halbjahr. 2. Vorstand u. Revisorenwahl. 3. Anträge und Vereinsangelegenheiten. (4999) Der Vorstand.

Konzerthaus

4995

Zauberflöte.

Neu! D' lustigen Neu! Alpenkinder. 5 Damen. 3 Herren. Anfang 4 Uhr. L. Köck. Militärverbot aufgehoben.

Hansa-Theater.

Sonnabend abend 7 Uhr: Die Csardasfürstin Sonntag 3 1/2 Uhr: Schwarzwaldmädel. Abends 7 Uhr: (4972) Drei alte Schachteln. Operette von Walter Kollo. Montag: Drei alte Schachteln. Dienstag: Die Csardasfürstin

Stadttheater Lübeck.

Spielzeit 1918/19. (4988) Sonnabend, den 12. Oktober Undine. Romant. Zauberoper v. Lortzing Anfang 7 Uhr Sonntag, den 13. Oktober Die Räuber. Anfang 2 1/2 Uhr. Tannhäuser. Anfang 7 Uhr. Montag, den 14. Oktober I. Synchronkonzert. Anfang 7 1/2 Uhr. Dienstag, den 15. Oktober Carmen. Anfang 7 Uhr. 3. Vorstellung im Dienstag-Abonnement.

Eine Ehrenpflicht.

Aus Wien kam kürzlich die Nachricht, daß Kaiser Karl den Prozeß gegen die polnischen Legionäre einstellen ließ. Es ist das dritte Mal während seiner kurzen Regierungszeit, daß der österreichische Kaiser von seinem Begnadigungsrecht gegenüber den politischen Verbrechern Gebrauch macht. Vorher hat er die tschechischen Oppositionellen, die im buchtätschen Sinne des juristischen Begriffs Hochverrat begiengen, begnadigt, und zuerst hat er das Todesurteil gegen Friedrich Adler in eine Freiheitsstrafe umgewandelt, die früher oder später wohl auch erlassen werden wird.

Von ähnlichen Verfügungen im Deutschen Reich haben wir noch nichts gehört. Man hat da etwas verkümmert, was nachzuholen eine dringende Notwendigkeit ist und wozu gerade jetzt ein sehr passender Anlaß vorliegt. Man weiß es ja, Festungen, Gefängnisse und Zuchthäuser sind voll von politischen Missetätern, und wenn hier nicht das Begnadigungsrecht Abhilfe schafft, so wird sich vor vielen Tausenden das Los der Freiheit noch in Jahr und Tag nicht aufstun. Die schlechtesten Elemente der Bevölkerung sind es aber nicht, die da leiden: sie büßen für überreifes Urteil, für unvorsichtige Aeußerungen, geschehen in bändigungslosen Temperamentsausbruch und für Ueberzeugungen, bei denen Rundgebung sich Fanatismus und Idealismus vielleicht etwas zu sorglos über die Notwendigkeiten der harten Kriegsrealität hinwegsetzten. Beurtelt wurden und verurteilt wurden ihre Straftaten nach den hyperkritischen Maßstäben des Ausnahmezustandes, teilweise sogar des verschärften Ausnahmezustandes. Nun, man kann mit voller Bestimmtheit behaupten: ein Ehrenblatt deutscher Rechtsprechungspraxis werden die in dieser Zeit ergangenen Urteile gegen politische Manifestanten im großen Geschichtsbuch nicht fallen. Es ist an den Tag gekommen, daß man die Schärfe des Kriegesgesetzes massenhaft an Personen erprobte, die ihrem Alter nach noch gar nicht im Besitz einer politisch gefestigten Ueberzeugung sein konnten, und es hat sich an vielen Beispielen herausgestellt, daß als politische Verbrecher Leute etikettiert wurden, die vorher ehrenvoll auf den Kriegsschauplätzen ihre Pflicht getan haben. Um vor der Geschichte wenigstens mit einigem Anstand bestehen zu können, ist es dringend erforderlich, die Urteile dieser Kategorie durch einen Gnadenakt zu revidieren.

Welch ein Anlaß soll denn ausgerechnet jetzt dazu bestehen?

Für das System des alten politischen Kurzes besteht jetzt kein Anlaß dazu. Begnadigungserlasse hingen bei diesen immer von dem Zufall einer günstigen dynastischen Konjunktur ab. Wenn der Landesfürst den Thron bestieg, wenn er eine Reihe von Jahren mit runder Ziffer regiert hatte, wenn der Erbe des Thrones geboren war, und bei ähnlichen Privatereignissen allerhöchster Herrschaften konnte ein politischer Sünder auf Befreiung von weiterer Strafverbüßung hoffen, und diese Ehre durfte er in derartigen Fällen manchmal mit etwas zweifelhaften Gentlemännern teilen. Aber das alte Regime wird nun endlich, endlich doch wohl abtreten und, soweit seine Träger sich mit Machtbefugnissen in die neue Zeit hinüberretzen können, werden sie wohl oder übel den Ansprüchen des neuen Regierungssystems Rechnung tragen müssen.

Die Demokratie hat nun aber einen anderen Festtagstaler. Sie feiert die Tage, an denen das Volk zu größerer Freiheit gelangte, sie wird wohl auch den Tag feiern, an dem Deutschland definitiv und markant zum Prinzip der Volksregierung übergegangen ist.

Die deutsche Demokratie könnte den Festtag ihrer Etablierung kaum eindrucksvoller und sympathischer begehen als mit der Freigabe der politischen Verurteilten. „Mein erstes Amt verricht' ich so“, sollte sie mit Parfüf sprechen, und dann aber auch keinem von ihnen die Begnadigung verweigern, gleichviel, wie schwer sein Vergehen geahndet wurde, und gleichviel, ob ein Soldat oder Zivilist sich schuldig gemacht hat.

Es ist der beste Beweis für das Entgegenkommen der sozialdemokratischen Partei, daß sie diese Bedingung nicht ausdrücklich auf das Programm ihrer Mindestforderungen gesetzt hat. Das ist ein Akt des Vertrauens in die Noblesse der neuen Regierung. Stillschweigend verlassen wir uns darauf, daß sie auch einem nicht programmäßig aufgestellten Wunsch der Sozialdemokratie nachkommen werde. Mit der Anerkennung dieser Forderung würde die neue Regierung sich selbst als demokratisch legitimieren und mit ihrer Durchführung kann sie manche verlorene Sympathien für Deutschland zurückerobern.

Die Demobilisation.

Wern wendet sich der Geist in dieser Zeit den großen Fragen zu, die sich dann vor uns auftürmen, wenn es über Nacht etwa zu einer Einstellung des Waffengeanges kommen sollte. Die Demobilisation des viele Millionen umfassenden Männerheeres an den Fronten, die allmähliche Ueberführung der Frauenarmen der Arbeit und die Umstellung des ganzen Wirtschaftslebens von der Kriegsrüstung auf die Friedensarbeit wären unter allen Umständen äußerst schwierige Aufgaben gewesen. Bisher konnte man aber annehmen, daß ihre Bewältigung dadurch erleichtert werden würde, daß noch auf längere Zeit starke deutsche Besatzungstruppen im feindlichen Gebiete blieben würden, die nur allmählich abgelöst und zurückgezogen werden könnten. Heute ist das ganz unwahrscheinlich geworden; vielmehr werden Teile der besetzten Gebiete sogar noch vor dem endgültigen und formellen Abschluß des Krieges geräumt, vielleicht wird eine beschleunigte Demobilisation als Sicherstellung des Friedensstandes durchgeführt. Zugleich stockt die gesamte Rüstungsindustrie, und wichtige Rohstoffe für die Friedensarbeit fehlen noch, Maschinen und Verkehrswesen sind noch in dem völlig abgenutzten Zustande, in den sie ein mehr als vierjähriger Krieg verlegt hat.

Der Uebergang vom Krieg zum Frieden bringt also wirtschaftlich eine äußerst kritische Zeit, die Millionen mit Arbeitslosigkeit und Hunger bedroht, die vernichtend für alle Erzeugnisse der Gemerkschaften werden könnte. Hier gilt es, beizeiten vorzubauen. Wenn die Antwort Wilsons auch nur irgendwelche Hoffnung auf Friedensschluß aufkühlt, muß sofort der Generalplan der Demobilisation und Wiederaufnahme der Friedensarbeit fertiggestellt werden.

Dazu genügt nicht fleißige Arbeit in den Amtsstuben, sondern ist eine freie Erörterung aller einschlägigen Fragen in breiterer Öffentlichkeit notwendig, damit jede wertvolle Anregung nutzbar gemacht werden kann. Eine freimütige Aussprache über die Tatsachen und Möglichkeiten der neu einzurichtenden Friedenswirtschaft entspricht sowohl dem neuer demokratischen Geist, der unser künftiges Leben beherrschen soll, wie auch der ungeheuren Schwierigkeit der Aufgabe.

Reform des Beschwerderechts.

Auf den Soldaten vermag nichts Niederdrückender einzuwirken, als das Bewußtsein der absoluten Rechtlosigkeit gegenüber den Vorgesetzten. Viele selber neigen wiederum umso leichter zu Uebergriffen, je mehr sie davon überzeugt sind, daß sie nicht zur Rechenschaft gezogen werden. War dieser Zustand schon im Frieden eine Quelle vielen Ärgers, so ist er im Kriege geradezu unhaltbar geworden. Die militärische Strafrechtsliteratur steht auf dem Standpunkt, daß das Wohl und Wehe des Mannes am besten in den Händen seiner Vorgesetzten liegt, die in der Fürsorge für ihn förmlich aufgehen, jedoch die Beschwerde nur im Ausnahmefall sein kann und theoretisch genommen, stets eine Aufbäumung gegen die Disziplin bedeutet. So sagt Professor Dr. Mayer in einer Abhandlung über das Beschwerderecht:

„Die Beschwerde enthält nämlich ganz regelmäßig eine Aufkündigung gegen Maßnahmen des Vorgesetzten und gefährdet dadurch die Stellung des Befehlshabers; breitet sie sich aus, so kehrt sie das Subordinationsverhältnis in das Gegenteil um, die Kritik wird dann von demjenigen geübt, die in erster Linie verpflichtet sind, ihr Verhalten kritischer zu lassen. Das Beschwerderecht ist daher ein notwendiges Uebel, notwendig zur Bekämpfung des Unrechts, ein Uebel, weil ihm eine leise

Gefährdung der Disziplin eigentümlich ist. Durch die Erschwerung des Beschwerdeweges wird dafür gesorgt, daß allzu kritisch veranlagte Naturen sich bemüht bleiben, daß die militärische Beschwerde im Kampfe um Recht das äußerste Mittel ist. Die naheliegenden Einwände, ein Unrecht tuender Vorgesetzter werde keine Schonung, das Unrecht müsse um jeden Preis bekämpft werden, die Gefährdung der Autorität gehe nicht von der Beschwerde, sondern von ihrer Veranlassung aus, bringen unbedenkliche Wahrheiten an fasten Plaze vor. Offensbares Unrecht soll gewiß nicht geduldet werden, aber gerade die alltäglichen Vorkommnisse lassen den Zweifel, wer sich unrichtig benommen hat, einen weiten Spielraum; und dann soll der Untergebene mehr dazu neigen, sich selbst die Schuld zuzumessen. Außerdem darf nicht übersehen werden, daß die reguläre Bekämpfung des Unrechts von den höheren Vorgesetzten ausgehen soll; von oben, nicht von unten soll die Abhilfe kommen.“

Bemerkenswert ist in diesen Sätzen, daß der Nachschick muß den Vordereinstieg wieder völlig ausfüllt. Die Auffassung selber aber trifft auf ein Heer von Soldaten allenfalls zu, nicht aber auf ein modernes Heer, das seine Grundlage in der allgemeinen Wehrpflicht hat. Im bürgerlichen Leben gibt es keine Pflichten, denen nicht auch Rechte gegenüberstehen, im Heere aber bestehen für den Soldaten nur Pflichten, eine übertriebene Disziplin kennt keine Rechte. Bei dieser Auffassung der Dinge ist es kein Wunder, wenn das Beschwerderecht zu einem Meißel wurde, an dem sich der letzte, der davon Gebrauch machte. Der Unterschied zwischen einer berechtigten und unberechtigten Beschwerde ist zeitweilig überhaupt nicht festgestellt, liegt vielmehr ganz im subjektiven Ermessen des Vorgesetzten. Seltener die Beschwerde für unberechtigt, dann wird der Beschwerdeführer bestraft, nach Verbüßung der Strafe kann er sich bei einer höheren Stelle beschweren und wird — wieder bestraft. Dieser schon im Frieden ganz ungeheuerliche Zustand ist im Kriege, der das Heer auf eine weit brattere Basis gestellt hat, unverändert beibehalten worden. Die Masse der Vorgesetzten ist durch den Krieg nicht gerade zur Sorgfalt erzogen worden und bei der Masse der Untergebenen ist die Kernlosigkeit gestiegen. Hier könnte nur ein vernünftig ausgebildetes Beschwerderecht ausgleichend wirken, ein Beschwerderecht, das dem Beschwerdeführer nicht von vornherein mit Nachteilen bedroht, darf.

Von Beginn des Krieges an haben die Sozialdemokraten im Reichstag energisch eine Reform des Beschwerderechts gefordert, sie fanden dabei leider bei den anderen Parteien wenig oder gar keine Unterstützung, bei der Militärverwaltung natürlich glatte Ablehnung. Die Disziplin sollte nicht untergraben werden. Vielleicht denkt man heute darüber anders. Die Soldaten suchten und fanden einen Ausweg, sie wandten sich an Abgeordnete. Dieser Weg war etwas ungewöhnlich, aber er war aus der Not der Umstände geboren. Die militärischen Kommandostellen waren leereswegs erbaut davon, als ihnen die Beschwerden auf dem Umweg über das Kriegsministerium zugingen und sie jannan auf Hilfe. Nicht, daß man am System etwas geändert hätte, man erklärte den Soldaten einfach, der Abgeordnete sei keine militärische Beschwerdestelle, wer dort Beschwerden anbringe, verlasse damit den vorgeschriebenen Dienstweg und mache sich strafbar. Praktisch lief das auf ein Verbot des Verkehrs mit Abgeordneten hinaus, das freilich nicht sonderliche Beachtung fand, wie der immer steigende Strom von Beschwerden an Abgeordnete bewies.

Will man während des hoffentlich jetzt zu Ende gehenden Krieges eine grundlegende Reform des Beschwerderechts nicht vornehmen — wir allerdings halten es für sehr wohl möglich — dann müssen auf andere Weise Entlastungen geschaffen werden. Ein gangbarer Weg wäre, wenn man bei der Brigade oder bei der Division eine mit einem die Materie beherrschenden Zivilisten besetzte Beschwerdestelle errichten würde, an welche die Mannschaften ihre Beschwerden schriftlich einreichen könnten. Die Beschwerden wären den zuständigen Vorgesetzten der einzelnen Formationen mitzuteilen und falls keine Abhilfe erfolgt, von der Division durch Befehl zu erledigen. Manchem Verehrer militärischen Japses werden sich bei diesem Vorschlag die Haare sträuben, ihm wird die Auflösung aller Bande militärischer Ordnung bedenklich nahegerückt scheinen, einmal eingeführt, wird aber diese Maßnahme geeignet sein, eine Menge Verbitterung zu beseitigen. Zu einer solchen Beschwerdestelle werden die Mannschaften Vertrauen haben und von dort aus werden sie sich gern und leicht beehren lassen, wenn sie einmal im Unrecht sein sollten. Hinzukommen müßte bei der Beschwerde die aufstrebende Wirkung. Gewiß wird man einwenden, daß in bestimmten Fällen der Tat die Strafe auf dem Fuß folgen muß, aber zunächst sind es nur leichte Fälle, die disziplinar bestraft werden können und dann beschwert sich der Soldat auch nicht, wenn er weiß, daß er gefehlt hat, sondern nur dann, wenn er die Empfindung hat, daß er zu Unrecht bestraft wurde. Die vorgeschlagene Beschwerdestelle hätte

Die Rächer.

Roman von Hermann Wagner.

23. Fortsetzung.

„Sie? Gott, was wollte sie tun? Sie sah nicht so aus, als ob sie böse darüber wäre, daß er sie liebt. . . Sie ist auch abgezeit mit ihm.“

„Mit ihm?“

„Nicht direkt mit ihm, nein. . . aber doch in seiner Gesellschaft. . . oder, richtiger: sie benutzten beide denselben Zug.“

„Wohin sind sie gereist?“ fragte Reischer tonlos.

Der Alte betrachtete ihn mit schlichter Genugtuung. „Das Ziel ihrer Reise kenne ich natürlich nicht“, sagte er und blinzelte lässig, „aber Sie werden es wohl leicht erfahren können, wenn Sie sich drüben erkundigen, wo sie gewohnt haben. . . Wo! . . . Sie es denn erfahren?“

„Ja“, antwortete Reischer finster.

„Wozu?“

„Weil ich ihnen nachreisen werde.“

„Ah! Sie wollen ihre Bekanntschaft machen?“

„Ja.“

Der Alte hob sein Glas, besah prüfend den roten Wein und nahm vorsichtig einen Schluck. „Ich kann es mir denken, weshalb Sie das wollen“, sagte er in plötzlich verändertem Ton. „Wenn es einen Zweck hätte, würde ich Ihnen das anstreben. Ja, dringend würde ich Ihnen raten, Ihre Finger von der Sache zu lassen! Aber es hat keinen Zweck, denn Sie werden doch tun, was Sie wollen. . . Und trotzdem sage ich Ihnen: Hüten Sie sich, sich in diese Angelegenheit zu mischen! Tun Sie es, dann werden Sie es sein, der die Folgen zu tragen hat, Sie allein!“

„Sie verstehen das nicht“, sagte Reischer frohig, „Sie verstehen von alledem nicht das geringste!“

„Meinen Sie?“ Der Alte war nicht im mindesten beleidigt und zwinkernde belustigt mit den Augen. „Meinen Sie wirklich? Habe ich vielleicht damals auch Sie nicht verstanden, als Sie hallos und schwächelnd aus dem Gefängnis zu mir kamen? Und war ich es nicht, der Sie damals auflockte? Oder wer war es, der Ihnen damals die Kraft einblies, von der Sie jetzt leben und die Ihnen bald ausgehen wird, wenn Sie mir nicht folgen?“

„Schwätzen Sie!“ schrie Reischer ihn wütend an.

Der Alte kläxerte. „Wir wollen abwarten. Denn zum Warten habe ich viel Zeit, und ich habe es auch gelernt, zu warten. Und auch das Zuschauen habe ich gelernt, ja, darauf verstehe ich mich wie kein Zweiter! Wenn ich auch sterbar immer fern von Ihnen weilen werde, so werde ich in Wirklichkeit doch immer in Ihrer Nähe sein. Und ich werde Ihnen über die Äpfel klären und mich dessen, das Sie tun werden, freuen! . . . Denn wer sind Sie? . . . Mein Rächer sind Sie! . . . Heil!“

„Sie sind ein Narr!“ fauchte Reischer ihn an, indem er gleichzeitig den Kellner herbeirief, um zu zahlen.

„Ja, ein Narr, der andere zu Narren macht und der diese Narren dann auf die Menschheit losläßt, die auch nichts ist als ein einziger großer Narr!“

Reischer würdigte ihn keines weiteren Blickes und begab sich auf sein Zimmer. Er schickte Profop sofort in die Pension Paulsch hinüber, damit er dort erfrage, wohin Frau Lucie Blümmer und der Herr in ihrer Gesellschaft abgereist seien.

Nach kaum zehn Minuten hatte er die Botschaft: die Herrschaften seien mit der Bahn über den Brenner nach Toblach gefahren.

„Bade sofort!“ sagte Reischer darauf zu Profop. „Wir reisen morgen früh wieder ab!“

Er verbrachte eine schlaflose Nacht.

Ihm war, als habe die Vergangenheit, die er stehen wollte, sich gerade diese Wochen auszujauch, um ihn zu überfallen.

Und auch eine dunkle Zukunft lockte ihn jektam, in der er, wie er meinte, dazu ausersehen war, handelnd für einen einzigen, der noch im Gefängnis schmachtete, — zehn qualvolle Jahre!

Ein düsterer Ingrimm packte ihn.

Zwölftes Kapitel.

Es war Abend geworden, als Reischer in Toblach ankam. Er stieg im Südbahnhof ab und erkundigte sich beim Portier, ob Frau Lucie Blümmer und Herr von Webenau hier abgestiegen seien.

Der Portier verneinte, zwei Herrschaften dieses Namens seien in seinem Hause nicht abgestiegen.

Reischer beschrieb ihm das Aussehen der Gesuchten, denn es schien ihm unwahrscheinlich, daß sie ein anderes Hotel gewählt haben sollten. Da er sie selber nicht kannte, konnte er nur jene Kennzeichen anführen, die er von dem Alten in Meran erfahren hatte.

Jetzt erinnerte sich der Mann, daß zwei, auf die die Beschreibung ungefähr paßte, doch hier gewesen waren: eine Dame und ein Herr, im Fremdenbuch eingetragen als „Fred von Selbzig mit Schwester.“

Es war Reischer peinlich, daß er, als er das vernahm, rot wurde, aber er konnte es nicht verhindern. „Wohnten die zwei,“ fragte er, ge —?“

„Getrennt“, antwortete der Portier schnell und verständnisvoll, „jeweils.“

Reischer biß sich auf die Lippen. „Und sie sind beide schon wieder fort?“

„Abgereist, Herr Baron, heute morgen.“

„Wohin?“

Der Portier grinste unerschämte und zuckte mit den Schultern. „Wir pflegen die Herrschaften nicht zu fragen,“ jagte er und wurde erst geschämigt, als ihm Reischer ein erhebliches Trinkgeld in die Hand drückte.

Doch Profop zeigte sich auch in diesem Falle als der Lage gewachsen. Durch geschicktes Fragen bei den Beamten auf dem Bahnhof gelang es ihm, zu erfahren, daß das Paar ein Billett erster Klasse zu dem Schnellzug nach Spittal an der Drau gelöst hatte und mit diesem Zuge auch tatsächlich abgefahren war.

Es ging kein Zug mehr in der gleichen Richtung und Reischer mußte in Toblach übernachten. Am nächsten Morgen benutzte er den ersten Zug der Pustertalbahn. Gegen zwei Uhr traf er in Spittal ein.

Um zu erfahren, ob die zwei hier wären, schickte er Profop sogleich in beide Hotels, die allein in Betracht kamen. Doch sein Diener richtete diesmal nichts aus. Niemand wußte etwas von dem Paar. Ihre Spur verlief sich auf dem zu dieser Zeit schon verkehrsreichen Bahnhof Spittal.

Glücklicherweise kam Reischer diesmal der Zufall zu Hilfe. Als er sich nämlich, durch die langen nutzlosen Nachforschungen unruhig und müde geworden, vom Bahnhof in das Städtchen zurückbegeben wollte, umdrängten ihn vor dem Portal Fiakerkutscher, die ihm ihre Wagen zur Fahrt nach dem nahen Sommerkurort Millstatt am See anboten. Im gleichen Augenblick fiel es ihm ein, daß die zwei von einem gleichen Angebot Gebrauch gemacht haben und an den Millstätter See gefahren sein konnten.

Seine Vermutung erwies sich als richtig. Ein Fuhrmann, der lauteste, bestätigte ihm, daß er gestern eine Dame und einen Herrn, auf die Reischer's Beschreibung paßte, nach Millstatt gefahren habe und zwar in den „Seehof“, wo die beiden Wohnung genommen hätten.

„Gut, fahren Sie mich in den „Seehof“,“ sagte Reischer, indem er Profop gleichzeitig anwies, mit dem Gepäck nachzukommen. Der Kutscher knallte mit der Peitsche und fuhr los.

Der Wagen ließ die kleine Stadt rechts liegen, fuhr eine Anhöhe hinauf und bog jodann in eine breite Fahrstraße ein, die rechts und links von bewaldeten Höhen eingefaßt, einen wild schäumenden grünen Bach entlang führte, die Wieser.

Die Wieser schäumte und brauste und warf hellenweiße einen weißen Gischt empor, der Nachmittag aber war voll majestätischer Ruhe. Die Sonne hobte sich in den zellen Strahlenhaub ein, die braunen Felswände links der Straße dagegen trocken ab. Raffe. Der Himmel war von einem blauen Blau, auf dem flüchtige Wolken dünn träumten. Aber die Wieser hin jochten Schmalen.

Die Wieser schäumte und brauste und warf hellenweiße einen weißen Gischt empor, der Nachmittag aber war voll majestätischer Ruhe. Die Sonne hobte sich in den zellen Strahlenhaub ein, die braunen Felswände links der Straße dagegen trocken ab. Raffe. Der Himmel war von einem blauen Blau, auf dem flüchtige Wolken dünn träumten. Aber die Wieser hin jochten Schmalen.

Die Wieser schäumte und brauste und warf hellenweiße einen weißen Gischt empor, der Nachmittag aber war voll majestätischer Ruhe. Die Sonne hobte sich in den zellen Strahlenhaub ein, die braunen Felswände links der Straße dagegen trocken ab. Raffe. Der Himmel war von einem blauen Blau, auf dem flüchtige Wolken dünn träumten. Aber die Wieser hin jochten Schmalen.

Die Wieser schäumte und brauste und warf hellenweiße einen weißen Gischt empor, der Nachmittag aber war voll majestätischer Ruhe. Die Sonne hobte sich in den zellen Strahlenhaub ein, die braunen Felswände links der Straße dagegen trocken ab. Raffe. Der Himmel war von einem blauen Blau, auf dem flüchtige Wolken dünn träumten. Aber die Wieser hin jochten Schmalen.

aber selbstredend die Aufgabe, Beschwerden jeder Art entgegenzunehmen und es besteht kein Zweifel, die Beschwerden wegen Verhängung von Disziplinarstrafen würden verschwindend sein gegenüber den Beschwerden anderer Art. In einer Zeit, in der die ganze Welt frucht und zu besten droht, kann das militärische System auch auf diesem Gebiet nicht unangefastet bleiben.

Der Herr v. Berg.

Durch die jetzige Gestaltung der inneren Lage wird der Schiller von so manchen Dingen gerissen, die bisher dem Volke verborgen geblieben waren. Hierzu gehört auch die Stellung des Chefs des Zivilkabinetts. Welchen Einfluß dieser Herr auf die Gestaltung der inneren und vielleicht auch äußeren Politik hatte, geht aus folgendem „Rekolog“ hervor, den das „B. L.“ dem jetzt scheidenden Inhaber dieses Amtes, v. Berg, widmet:

Es unterliegt keinem Zweifel mehr, daß Herr v. Berg sehr bald aufhören wird, Chef des Zivilkabinetts zu sein. Man kann ihm ruhig einige aufrichtige Worte widmen, ohne befürchten zu müssen, daß dadurch seine Stellung wieder befestigt werden könnte. Und wenn er selbst diese — Schaden kann er heute nicht mehr viel. Er hat in der kurzen Zeit seiner Kabinettsfähigkeit so viel Schaden gestiftet, wie es nur irgendmöglich war.

Nach dem Rücktritt des Herrn v. Bethmann Hollweg forderten die Alldeutschen die Vaterlandspartei und ihr Anhang sämtlich das Verschwinden des Herrn v. Valentini, der als Chef des Zivilkabinetts ein treuer Diener seines Herrn, nicht weniger und auch nicht mehr war, aber als Stütze des sogenannten „Bethmann-Kurses“ galt. Herr v. Valentini wurde beiseite, er zog sich still und verständlich in eine Provinzstadt zurück und man schlug dem Kaiser Herrn v. Berg, der vorher Landrat, Landeshauptmann und stellvertretender Oberpräsident in Ostpreußen gewesen war und auch im Zivilkabinet schon gearbeitet hatte, als Nachfolger vor. Die Ernennung des Herrn v. Berg war für die Alldeutschen und ähnlichen Leute ein großer Triumph. Sie folgten ihm gründlich aus und in der Jahresversammlung des „Alldeutschen Verbandes“ wurde mit dankenswerter Offenheit gesagt, daß dieser Sieg ein schöner Sieg des Verbandes sei. Herr v. Berg ist nach besten Kräften bemüht gewesen, das Vertrauen zu verdienen, das man ihm — auf der Seite der Reaktionen, der Amegionisten und aller hinter der Entwicklung zurückbleibenden Elemente — entgegengebracht hat. Es ist nur bedauerlich, daß er dabei von dem Namen des Kaisers einen Gebrauch machte, den man wohl als einen Mißbrauch bezeichnen kann. Unermüßlich telegraphierte er dankend und zustimmend an jeden alldeutschen Verein, an die vaterlandsparteilichen Gruppen und an die konservativen Stammstädte, die in irgendeinem Huldigungs schreiben die Aufrechterhaltung der alten Institutionen gefordert und ihr Weiterbestehen bekundet hatten. Wie er dabei verfuhr, kann man aus einem der letzten Fälle ersehen. Am 27. September 1918 richteten ganze lieben Bürger Hannovers ein Telegramm an den Kaiser, in dem sie ihre Entrüstung über die Mißachtung der Parteien äußerten. Die sieben tüchtigen Männer aus Hannover, unter denen ein Hoflieferant, ein Geheimrat Kommerzienrat, ein Geheimrat Regierungsrat und einige Pädagogen sich befanden, forderten in ihrem Telegramm den Monarchen auf, „den sogenannten Mehrheitsparteien“ und ihrem Verlangen nach einer parlamentarisch-demokratischen Regierungsform entschieden entgegenzutreten, „selbst wenn Eure Majestät hierfür die Diktatur anordnen müßte“. Sie erklärten:

Nach solchen Schritte rufen heute alle Deutschen, denen die Rettung von Kaiser und Vaterland über die Durchsetzung eigenständiger Partei-Macht gelüste geht, als nach der Erlösung den Tat.

Wie der „Hannoversche Anzeiger“ vom 2. Oktober mitteilte, antwortete dem Herrn, der das Telegramm als erster unterzeichnet hatte, angeblich „auf allerhöchstem Befehl“ der Geheimen Kabinettsrat v. Berg in einer Depesche, die, ohne Einschränkung, den herzlichsten Dank zum Ausdruck bringt. Glücklicherweise hat der Kaiser noch andere Ratgeber gehabt als Herrn v. Berg und er ist ihnen, nicht dem Chef des Zivilkabinetts gefolgt. Die „Diktatur“, nach der die sieben Tapferen aus Hannover riefen, ist nicht „angeordnet“ worden, und statt dessen hat der Kaiser seine Zustimmung zur Bildung der parlamentarischen Regierung erteilt. Aber man stellt, auf welchen Wegen Herr v. Berg, der persönlich ein sehr ordentlicher Mann sein mag, in seiner politischen Kurzsichtigkeit ging. Auf diesen Posten gehört ein Mann mit etwas ruhigerer Fassung und klarerem Blick.

Aus der Partei.

Schritte der Parteipresse. Der „Vorwärts“ konnte seit dem 1. Oktober eine Erhöhung seiner Auflage um 25 000 feststellen. Auch von verschiedenen Provinzialblättern werden neuemswerte Steigerungen der Abonnentenziffern gemeldet.

Ein österreicher Urteil. Ueber den Eintritt deutscher Sozialdemokraten in die Regierung urteilt die Wiener „Arbeiterzeitung“: „Die Parlamentarisierung der deutschen Regierung war nur unter der tätigen Mitwirkung der Sozialdemokratie möglich; nur mit ihrer Hilfe konnte eine Mehrheit gebildet werden, die Junker und Alldeutsche von der Macht ausschließt. Deshalb hat sich die Sozialdemokratie entschlossen, an der Bildung der neuen Regierung teilzunehmen. Sie hat damit der Nation, der Demokratie und dem Frieden ein sehr schweres Opfer gebracht. Denn notwendig war und ist die Teilnahme an dieser Regierung wahrlich nicht. Es ist für eine sozialdemokratische Partei immer ein gefährliches Unternehmen, an einer bürgerlichen Regierung teilzunehmen und dadurch für die Politik eines bürgerlichen Staates mitverantwortlich zu werden. In diesem Falle aber sind die Gefahren offensichtlich besonders groß. Denn die Sozialdemokratie mußte die Regierung bilden gemeinsam mit Parteien, die, wie das Zentrum und die Nationalliberalen, nicht nur bürgerliche, sondern auch nichts weniger als demokratische Parteien sind. Sie mußte die Verantwortung für die Regierung übernehmen in einem Lande, in dem die Macht der Reichsregierung durch die Macht der Herrschaft auf der einen, der Regierungen der Bundesstaaten auf der anderen Seite wesentlich begrenzt ist. Sie mußte mit der Macht auch die Verantwortung übernehmen in einem Zeitpunkt, in dem diese Verantwortung besonders schwer zu tragen ist: in einem Zeitpunkt erster äußerer Lage, sehr harten Kriegen an der Front, komplizierter wirtschaftlicher Verhältnisse im Hinterland. Aber die bittere Notwendigkeit, der Reichsregierung die Führung der auswärtigen Politik des Reiches zu sichern, die alldeutsche Nebenregierung zu entzweifeln, dem Frieden den Weg zu bahnen, in zwingender denn alle parteimäßigen Bedenken.“

Gewerkschaftsbewegung.

100 Prozent Lohnerhöhung in der Herrenschaft. Der Verband der Schneider hatte an den Vorstand des Arbeitgeberverbandes der Herren- und Knabenkonfektion den Antrag gestellt, in Anbetracht der immer höhergehenden Verhältnisse die bisher gewährte Lohnerhöhung auf mindestens 100 Prozent zu erhöhen und den Arbeitern die Rückzahlung unentgeltlich zu sichern. Die aus Anlaß zu der Forderung geführten Verhandlungen haben zu dem Ergebnis geführt, daß eine Lohnerhöhung von insgesamt 100 Prozent für alle Saiten, die vom 15. Oktober an in Arbeit gegeben werden, gewährt wird. Der Syndikus des Unternehmersverbandes bemerkte aber dazu, daß bei später stattfindenden Tarifverhandlungen der Arbeitgeberverband an dieses Zugeständnis nicht gebunden sein wolle und diese außergewöhnliche Lohnerhöhung nur als Übergangsmaßnahme zu den Tarifverhandlungen zu betrachten sei.

Die Rückzahlung der Löhne soll in der Zukunft so gelöst werden, daß der Arbeiter den reinen Arbeitslohn bekommt und nicht mit Ausgaben für Rohmaterialien belastet wird. Dies lasse sich jedoch nicht sofort durchführen. Die Unternehmer werden deshalb verpflichtet, nach wie vor den Arbeitern das Garn zu dem von der Reichsbedarfsstelle festgesetzten Preise zu liefern. Der Preis für Schappelle wird mit 18 Pf., für reine Seide, nur für Knopfleher, mit 20 Pf. das Gramm festgesetzt. Höhere Preise dürfen die Unternehmer nicht fordern. Wenn der Arbeitgeber die Rückzahlung nicht beschaffen kann, die Arbeiter aber noch die Möglichkeit des Einkommens haben, so hat der Arbeitgeber die Differenz zu tragen, wenn die Zulaten den festgesetzten Preis überschreiten. Der Einkauf von Rohmaterial zu höheren Preisen kann jedoch nur im Einverständnis mit den Arbeitgebern geschehen. Ueber die Festsetzung der Löhne für gewerbliche Sachen soll im Bedarfsfalle zunächst örtlich verhandelt werden; kann keine Einigung erzielt werden, so sind die Streitpunkte den Hauptvorständen zur weiteren Behandlung zu übermitteln, die Anträge auf Erhöhung der Löhne für die Reichsanzüge sind an die Reichsbedarfsstelle zu richten.

Der Aufgabekreis des Reichsarbeitsamtes. Die beiden sozialpolitischen Abteilungen des Reichswirtschaftsamtes werden bei der Neuorganisation dieses Amtes abgeändert und dem bald zu errichtenden Reichsarbeitsamt angegliedert. Dem Arbeitsamt werden ferner folgende Aufgaben zugewiesen: Angelegenheiten des Gewerbes (Gewerbeordnung), einschließlich Kinogewerbe, Bühnengewerbe, Arbeiterklub, Sonntagruhe, Berufsvereine, Handlungsgehilfen, Privatangehörige (mit Ausnahme ihrer Versicherungen), Werkmeister, Techniker, Tarifverträge, Arbeiterkammern, Einigungsstellen, Koalitionsrecht, Verhältnisse des Arbeitsmarktes, Arbeitsnachweiswesen, Arbeitslosenfürsorge und -versicherung, Spartausschüsse, Rechtsverhältnisse der landwirtschaftlichen Arbeiter, Lotterien und Spielbanken, Volkshilfen sowie die ständige Ausstellung für Arbeiterwohlfahrt, ferner die Bearbeitung der Fragen des Versicherungswezens mit der Arbeiterversicherung, besonders Kranken-, Invaliden- und Hinterbliebenenversicherung der Arbeiter, Versicherung der Angestellten (Reichsversicherungsamt und Reichsversicherungsanstalt für Angestellte), Kriegswohnenhilfe, privates Versicherungswezen (Aufsichtsrat für Privatversicherung), Pensionskassenwesen, Haftpflichtgesetz, Wohlfahrtseinrichtungen im allgemeinen, Jugendfürsorge, Kriegswohlfahrtspflege (Reichsbeihilfen), soziale Kriegsbeschädigtenfürsorge und Zuschüssen im vaterländischen Hilfsdienst sowie Wohnungsfürsorge. — Die Leiter der beiden sozialpolitischen Abteilungen, Unterstaatssekretär Dr. Caspar und Direktor Buermeiling, werden vom Reichsarbeitsamt übernommen.

Wirtschaftliches.

Strohtrocknungsmittel.

Ein Bademeister läßt sich im Organ des Bäckerverbandes über die Mehltrocknungsmittel im Kriege aus. Er zählt all die Mittel auf, die nach behördlicher Verordnung die Bäckereibetriebe in das Brot haben hineinnehmen müssen. Zuerst wären die Kartoffeln und deren Präparate, wie Walzmehl und Glöckchen, gekommen. Dann wären Gerstenmehl, Weizenmehl, Weizenstrot, Maismehl und schließlich — Kohlrübenmehl verwendet worden. Der Vorsitzende der Reichsbedarfsstelle für Trockenverwertung hätte erklärt, man könnte bis zu — 20 Proz. Kohlrüben verwenden! Zuerst seien aber 15 Proz. genommen worden, mit dem „Erfolg“, daß man auf 7 1/2 Proz. hätte herabgehen müssen. Aber auch das sei noch zuviel gewesen, und der Zusatz hätte nicht mehr als 2 bis 3 Proz. betragen können. Wehlgemerk! Der Bademeister spricht von seinem Betrieb. Ueberall dürfte man wohl nicht so schnell den Kohlrübenzuzug reduziert haben. Für den Doppelzentner Kohlrübenmehl müssen übrigens 400 Mark entrichtet werden. Zu den Trocknungsmitteln kommt noch die Verwendung von Streumehl, das sich aus allerhand zweifelhaften Bestandteilen zusammensetzt.

Mit dem Kohlrüben- u. m. Mehl scheint diese Liste der Mittel, die zur Herstellung des täglichen Brotes verwendet werden, nicht abgeschlossen zu sein. Es werden Versuche gemacht, aus — Gras Mehl herzustellen. Und zwar ist es Oekonomierat Detken in Oldenburg, der sich damit befaßt, „eine bessere Ausnutzung unserer Kultur- und Wildpflanzen für die deutsche Volksernährung herbeizuführen“. Die „Mitteilungen“ der Deutschen Landwirtschaftsgesellschaft wissen über diese Versuche, aus Gras Mehl herzustellen, folgendes zu berichten:

„Seiten begann seine Versuche mit Mehl von jungem Gras. Das Mehl erwies sich auf verschiedene Weise als vortrefflich verwendbar, so auch als Zusatz bei der Brotbereitung. Nun wurde auch das Mehl der Luzerne, dann das der Melde, Gerstella und Brennessel, und in neuester Zeit auch das Mehl des Franzosenkrauts (Galinsoga) in die Versuche einbezogen, und bei allen diesen Mehlsorten waren die Ergebnisse im allgemeinen sehr befriedigend. Namentlich erwies sich das mit einem Zusatz von ihnen (3 bis 10 vom Hundert) hergestellte Brot als wohl schmeckend, nahrhaft und bekömmlich.“

Was ist heute nicht „wohlschmeckend, nahrhaft und bekömmlich“, wenn es dem Volke mündgerecht gemacht werden soll?

Kriegsbeschädigtenfragen.

Eine Reichsstelle für Kriegerfürsorge.

Der Reichsbund der Kriegsbeschädigten und ehemaligen Kriegsteilnehmer hat dem Reichstagspräsidium, den Führern der Reichstagsfraktionen und dem Reichsfinanzminister eine dringende Eingabe um Schaffung einer Reichsstelle der Kriegerfürsorge überreicht. Unter Berufung auf den Kaiserlichen Erlass vom 30. September 1918, der dem deutschen Volke weitestgehende Beteiligung an der Reichsregierung zusichert, fordert er für die Neuorganisation der Reichsbehörden auch ein Reichsamt für Kriegerfürsorge, dessen Leitung in die Hände von Persönlichkeiten gelegt werden soll, die das Vertrauen der Betroffenen in weitestem Umfange besitzen und aus der höchsten Führungsmasse mit ihnen und ihren Organisationen Anregungen und Kräfte zur Durchführung dieser großen Aufgabe schöpfen.

Für unsere Frauen.

Das Opfer der „höheren Töchter“.

Deutschland ist der deutschen Frau zu großer Dankbarkeit verpflichtet. Sie hat Hunderttausende von Männern erlöst, die ins Feld gezogen sind, in den Munitionsbetrieben, auf der Eisenbahn, in Gießereien und Drehwerken, in Bergwerken und Hütten.

Mit ganz geringen Ausnahmen handelt es sich dabei um Frauen der Arbeiterklasse. Erst in dritten und vierten Kriegsjahre ist es der eifrigsten Agitation gelungen, die Reihen der Frauen an der Arbeitsfront hier und da mit einigen jungen Mädchen aus dem besthenden Bürgertum zu durchsetzen. Die vorerwähnte Frau aus der Bourgeoisie ist nach wie vor zu Hause, obgleich sie da weit weniger notwendig ist als die Arbeiterfrau. Ihre Hausarbeit verrichten bekannte Dienstboten. Der Mann, das ein paar bourgeoise höhere Töchter in die Granatendörfer gegangen sind, wird in der „Post“ anerkennend besprochen. Darüber wäre kein Wort zu verlieren. Aber bei dem kriegsmäßigsten Organ geht es hierbei nicht ohne eine läppische und läppische Verunglimpfung der „einen“ Arbeiterinnen in diesen Fabriken ab. In dem Organisationsführerinnen als Heeresangehörigen übergraben Artikel heißt es:

Von der Mitarbeit des gebildeten jungen Mädchens erofft die Leitung auch gute Einwirkung auf die ungebildete Arbeiterin, auf ihre Sitten, ihre Bildung und Haltung ihres inneren Wesens. Viel Laßgefühl und Arbeitswille und Selbstbeherrschung gehört freilich dazu, um als höhere Tochter, als gebildete junge Dame in Arbeitermittel unter herausragenden Fabriksarbeiterinnen die heimwehliche und reinliche Arbeit, die Schmutz und Hände, verrichten zu können.“

Indem er die berufsmäßige Arbeiterin zu der neuen Besten den Kriegshelferin in den Gegenüber der Ungebildeten zur Gehilfen setzt, zeigt der schmerzliche Kritiker, daß er von dem Wesen der Bildung keinen Schimmer hat! Und wenn er sagt, daß die sogenannten höheren Töchter auf die Arbeiterinnen eine Wirkung sittlicher Art ausübten, so beweist er damit, daß er die deutsche Arbeiterin genau so wenig kennt wie das junge deutsche Bourgeoisdämchen. Im Interesse des Arbeitsprozesses kann man nur wünschen, daß die „gebildeten“ Kriegshelferinnen im Besonderen mit ihren Kollektiven mehr Takt zeigen als der Artikel-schreiber der „Post“. Würden sie den Arbeiterinnen ähnlich dumm kommen, denn wäre die Gefahr, daß es zerfallene Gesichter und geschwollene Wangen gäbe, in bedenkliche Nähe gerückt!

Aus Nah und Fern.

Ein schrecklicher Unglücksfall ereignete sich in Maadoburg. Ein auf dem Trittbrett eines in voller Fahrt befindlichen Straßenbahnwagens stehender zwölfjähriger Knabe prallte, als er sich nach einem vorüberlaufenden Hunde umschau, so heftig gegen einen nahe an dem Fahrgleisen stehenden Müllwagen, daß ihm der Kopf vollständig zerquetscht wurde.

Mit drei Kindern in den Tod gegangen. Im Nauen (Vogel) hat sich die 33jährige Ehefrau Anna Brager mit ihren drei schulpflichtigen Kindern aus erster Ehe mit Gas vergiftet. Ihr Gemann ist Handarbeiter und steht im Seeresdienste. Kamillenzugstigeiten sollen der Grund der Verzweiflungstat gewesen sein.

Eisenbahnunglück im Rheinland. Aus Köln a. Rh. wird berichtet: Der von Erdorf kommende Personenzug Nr. 516 fuhr am Mittwoch auf den vor der Station Hinderath haltenden Militär-Urlauberzug Nr. 27. Der Personenzug hatte Fahr-erlaubnis erhalten, ehe die Rückmeldung über das Ereignis eingelaufen war. Unglücklicherweise beherrschte starker Nebel auch noch die Aussicht. Von dem Militär-Urlauberzug wurden 18 Militärpersonen getötet, 10 schwer und 30 leicht verletzt.

Oberbayern im Schnee. Im bayerischen Hochland, so in Gartenkirchen, Wittenwald und Tegernsee, sind drei bis sechs Zentimeter Schnee gefallen.

Ueber 100 Mark für ein Kilo Seife! Welch ungeheure Preis-übersteigerungen beim Verkauf von Feinseifen oder Kernseifen, die im Preise von 1,30 Mk. bis 12 Mk. für ein Kilogramm schwanken dürfen, vorkommen, geht aus einem von der „Deutschen Parfümeriezeitung“ erwähnten Bericht über die Tätigkeit der Chemischen Untersuchungsanstalt der Stadt Leipzig hervor. Danach liegt eine Reihe von Fällen vor, in denen für solche Seifen über 100 Mark für ein Kilogramm bezahlt wurden. Dabei sind die hauptsächlichsten aus Belgien oder Polen eingeführten Seifen von so minderwertiger Beschaffenheit, daß sie kaum diesen Namen verdienen. Entweder enthalten sie große Mengen Füllmittel, z. B. Ton oder Talkum bis zu 80 Prozent, oder hohen Wassergehalt, der bis zu 75 Proz. ansteigt, und der die Ursache des raschen Entrocknens ist, an dem die Käufer bald merken, wie sehr sie betrogen wurden.

Auf Freiersfüßen laufen. In Lappland heißt es nicht, auf Freiersfüßen gehen, sondern auf Freiersfüßen laufen. Wer um die Hand eines Mädchens anhalt, muß sich mit ihr auf einen regelrechten Wettlauf einlassen. Sie erfährt einen Vorsprung, der den dritten Teil der vereinbarten Laufbahn beträgt. Wider den Willen des Mädchens kann sie der Freier nicht einholen. Nur von dem Freier, dem sie geneigt ist, läßt sie sich fangen. Damit ist aber nicht gesagt, daß alle jungen Männer, die den Mädchen nachlaufen, darum gleich für Lappländer gehalten werden müssen.

Verantwortlicher Redakteur: Johannes Stelling. Berleger: Th. Schwark. Druck: Friedr. Meyer & Co. Sämtlich in Lübeck.

Aufruf!

General-Feldmarschall v. Hindenburg hat die folgende Bitte um Liebesgaben für das Feldheer an die Heimat gerichtet:

Furchtlos und tapfer wehrt sich der deutsche Krieger gegen die Angriffe der Feindesmassen und schützt sein Feuerloch, die Heimat, mit seinem Leben. Eng führt er sich mit ihr verbunden. Und jedes Zeichen des Gedankens, das von Dorn und Dorn zu ihm bringt, erheitert und begeistert ihn, stärkt ihm die Kraft, entflammt seinen Mut. Wohl weiß er, daß sich die Heimat in hartem Mühen selbst beschränken muß und es schwer hat im Kampf des täglichen Lebens. Aber gerade deshalb ist ihm jede Gabe, und sei es auch die kleinste, doppelt und dreifach lieb und wert.

Darum, wer irgend dazu in der Lage ist, der trage sein Scherlein zu Spenden für unsere Soldaten bei und knüpfe so erneut das enge Band seiner, das die deutsche Heimat mit ihren Kriegern drängen unauflöslich umschlingt.

Spendet Liebesgaben für das Feldheer!

Es dankt Euch mit Treue um Treue!

Diese Bitte wird gerade jetzt in allen deutschen Herzen auf fruchtbaren Boden fallen. Zweck wird dabei nicht zurückgehen wollen.

Die Unterzeichneten wenden sich an den so oft und glänzend bewährten Opfersinn ihrer Mitbürger mit der Bitte, schnell und reichlich ihre Beiträge für den gedachten Zweck bei einer der hiesigen Banken auf das Konto: „Liebesgaben für das Feldheer“ einzuzahlen.

Lübeck, den 5. Oktober 1918.

Der Kasinobau

zur Sammlung von Liebesgaben für das Feldheer.

Direktor v. Alvensleben, J. J. P. Bode, Schlutup, Geh. Regierungsrat Bielefeld, Stadtschreibermeister FRUNS, Präses Dimpker, Pastor Denker, Deutschnationaler Handlungsgehilfen-Verband, Senator Dr. G. Eschenburg, Dr. Th. Eschenburg, Senator Fr. Ewers, Bürgermeister Dr. Fehling, Gewerkschaftskammer, Handelskammer, Buchdruckermeister Julius Heise, Kaufmann Max Jenne, Industrieverein, Rud. Köhn, Stadtmagistrat A. D. Kühne, Oberst v. Knebel, Landeskriegsverband Lübeck, Lübecker Landesverein vom Roten Kreuz, Landwirtschaftskammer, Bürgermeister A. D. Dr. Langenhein, Witwamann F. G. Lauenstein, Senator Dr. Lienau, Lübeckische Anzeigen, Lübeckische Blätter, Lübecker General-Anzeiger, Lübecker Nachrichten, Vantendirektor Martens, Senator Dr. Neumann, Stadtmagistrat Rehder, Buchdruckermeister Adolf Rey, Stadtmagistrat Dr. Riedel, Rooksen, Vorsitzender des Gewerkschaftsrates Lübeck, Oberst von Köpcke, Kaufmann Sievers, Kaufmann Heinrich Thiel, Verein Lübeckischer Staatsbeamter, Senator Dr. Vermehren, Syndikus Dr. Wallroth, Oberleutnant Wentz, Generalleutnant von Wright.

Blodwagen, Liefer- u. Wirtschaftswagen, extra stark, bis 8 Ztr. Tragf., gr. Ausm., bill. Preise. C. Bliessath Wwe., Inhaber (4973) Carl Landwehr.